

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktüglichen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bezahlen. — Der Abonnementsspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausländer vierthalbjährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Zeitung oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., ausdrückliche Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Sonnabend, den 23. November 1918.

25. Jahr.

Am Tage der Toten.

Zum 24. November 1918.

Winterliche Dämmerung — Tag der Toten.

Totemengen, so dicht, liegend, wie abgefallenes Laub auf der Erde. Nur weniger natürlich, zerrissener als dieses. Zerrissen, wie der blutige zerrissene Leib der Erde, in der sie liegen.

Was ist alles Massensterben seit Anbeginn, was alles Kämpfen in Kriegen der Vorzeit gegenüber den Leistungen, den Leben, der Todespein und Todesernte in diesem Kriege. Jahr lang dieses Stöhnen und Sterben in wechselnd dröhnenden Schlachten, in trommelfeuervershütteten Gräben, in gaserfüllten Gruben, dieses Sterben im Sturm aus hoher Luft und abgeschlossen in der Tiefe der Meere, im Sturmangriff auf den Feldern und in der Qual der Lazarette, dieses Sterben, als Verschleppte und Verirrte, irgendwie, irgendwo. Was ist alle sagenhafte Trauer einstiger Kleinvolker gegen der Trauer in ganz Europa, in fünf Erdteilen. Was der Schmerz der einen trojanischen Hecuba gegenüber dem Schmerzensmeer des Mütterheeres, das in den Schlachten seine Söhne verlor. In jedem Hause, in jeder Hütte, bis in die Kraals der Halbwilden lastet Kinderleid, Frauenleid. Männerleid weicht nicht mehr am Arbeitstag und häumt sich in stillen Nächten in Grimm und Zorn über die grausame Wit unserer Feinde, die unsere Besten zerbrachen mit unmenschlichem Kriegsgerät. . . . Ach, unsere Feinde, sie taten nur das, was wir ihnen taten in einer Schicksalsnot, die sie so wenig gewollt und verschuldet wie die Massen des deutschen Volkes. Ihre Kinder, Brüder, Gatten, Väter stehen wie wir zu zerbrochenen Lebensplanen, klagen um Blut von ihrem Blut, um Leben von ihrem Dasein, denen wie bei uns ihr Denken, ihr Dank und ihre Liebe gehört. Klagen wie wir um die Blüte ihrer dahingemahnten Söhne, die bestimmt waren, die Träger eines Geschlechts mit neuen Idealen zu werden und nun falschen alten Göttern geopfert wurden. Die Völker alle, und wenn auch ihre Zukunft nicht noch wie die unsere unter dem, nach wie zu ertragenden, harten Verhängnis eines Kriegsabschlusses steht, nach dem alle Opfer doch noch vergeblich gebracht wurden, sie werden sich erschüttert und zu allem entschlossen fragen: Warum und für wen vergossen wir all dieses Blut! . . . Wenn sie jürgen und rechten wollen — und sie werden es alle mit hohem sittlichen Rechte tun —, so werden sie diejenigen im eigenen Volk zur Rechenschaft ziehen, die sie politisch missleitet und in diesen Abgrund des Verbrechens und des Elends hineingetrieben haben. Die sie zwangen, zu töten, um nicht noch Furchtbarteres, das Rasan des Völkermordes im eigenen Lande zu dulden. So zerstagen sie sind, so gebrochen sind sie nicht, daß sie nicht die Schuldigen erkennen, die durch ihre Politik der Habgier und des Wettrüstens, durch falsche Ehrsucht und völkerverherrgende Verherrlichung des Krieges, den manche wie eine Erlösung herbeisehnten, ihr Teil an persönlicher Verantwortung tragen. Diese bisher in der Weltpolitik führenden Kreise, die Mächtigen des Kapitals und des Fürstenpurpurs, des Militarismus und der Geheimdiplomatie, diese geistig Verantwortlichen im Gewande der Wissenschaften und blutiger Priesterkleider, diese Wortschelten, die bei uns zuletzt noch Amerika zur offenen Gegnerschaft brachten, diese falschen politischen Führer überall, die generationenlang das Trennende und Gegenseitige in der Seele der Völker näherten, anstatt ihre sittliche Erziehung, die Veredelung des Völkerverkehrs und die Ideale der Friedenszeistes zu pflegen, sie haben die Abrechnung verdient, der sie schon verfallen sind und die weiter fürt sie hereinzubrechen anhebt.

Und das ist das Tröstliche in dieser Menschheitskatastrophe: Der jahrzehnte Zerstörer Krieg will sich zuletzt als der Erneuerer bewähren! Es lohnt und gärt und eine große demokratische Welle der Lösung vom überlebten Historischen spült — in Deutschland voran — altüberkommenen Herrschaftseinrichtungen und ihre Träger von den Thronen und beginnt neue, bisher verleumdeten und unterdrückten Kräfte zu heben: Die Völker — Deutschland voran — sie beginnen die Selbstbestimmung in die Hand zu nehmen. Die Selbstbestimmung, die sie als ihr gutes Recht und als ihre Pflicht erkennen. Nun sei Deutschland glücklich, wenn es gelingt, die Sicherung des neuen Zeitalters zu erreichen, ohne den Weg über Ruinen und Ströme des Blutes im eigenen Lande.

zu nehmen. Wenn es gelingt, dank der Erziehung und Führung durch die Sozialdemokratie, die, als Ganzes genommen, in allen Stadien des Krieges das tat, was den wahren Interessen des Landes diente. Kann das deutsche Volk seine Selbstbestimmung zunächst auch nur im Innern bewähren, weil die übrigen stärker sind als wir, wir Sozialdemokraten haben trotzdem keine Veranlassung, mutlos an seiner endlichen Zukunft zu verzweifeln. In den zwei Worten Friede und Sozialismus, die uns voranleuchten, bergen sich Möglichkeiten aller Art für Verbesserungen für die bedrückten Massen des Volkes. Auch dann wenn der Sozialismus zunächst nur hauptsächlich in einer immer stärkeren Organisation der Produktion durch das Volk und für das Volk auf dem verhältnismäßig engen Boden des eigenen Landes sich entfalten kann, weil es einsam steht und die anderen ihm die wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit auf dem Gebiete der Volkswirtschaft einengen, ja zunächst fast völlig unterbinden sollten. Aber auch darin verliert der Sozialist nicht die Zukunftshoffnung. Mag auch noch vieles, fast alles, fraglich, dunkel und sorgenvoll erscheinen, zu menschlich groß ist der Gedanke und zu stark ist das Interesse der Proletarier und weiter Menschenkreise darüber hinaus in allen Ländern, als daß wir nicht wieder eine Internationale zusammenbringen, die einzig ist in dem Bestreben, alle Beziehungen der organisierten Volksstaaten so zu regeln, daß alles vermieden wird, was willkürlich den Weltfrieden gefährden könnte. Eine Internationale, die sich siegreich durchsetzt auch in dem Ziele des Hinwegschreitens über den wirtschaftlichen Individualismus der Staaten hinaus zur weltumspannenden Menschheitsorganisation auch auf diesen Gebieten.

Diese Bestrebungen stehen auf der Tagesordnung der neuen Periode, für deren geschichtliches Heraufkommen unsere lieben Toten gestorben sind. Und da ist uns der Trost dafür, daß wir sie verlorenen mußten.

Wohl mag dieser verstandespolitisierende Trost heute noch vielen Herzen hinfällig genug erscheinen, weil alle Wunden noch zu frisch bluten — den Frauen, den Kriegsblinden, den Einarmigen, den Vielen, deren Leid wir nicht genauer aussprechen wollen. Ihnen muß die heilende Zeit den Wechsel des Denkens bringen.

Aber wohl ihnen, deren Denken schon jetzt vom Engpässischen weg sich zur Höhe des geschichtlichen Entwicklungsgedankens erhebt, nach dem die Toten nun doch nicht grundlos gestorben sind, weil sie uns Lebenden ein „Ernt begreifen!“ „Vorwärts!“ rufen und uns mahnen, unsere Kräfte dem Aufbau, dem neuen Werke zu widmen, tapfer und pflichtbewußt wie jene, die es uns als ihr Vermächtnis hinterließen.

Der Waffenstillstand.

Ein neuer Protest der Waffenstillstandskommision.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommision in Spa, General v. Winterfeldt, erhält gestern auf eine Reihe deutlicher vorgelegter Erleichterungen von Seiten des Marschalls Foch folgende Antwort:

„Den in dem Briefe des Generalmajors v. Winterfeldt vom 18. November enthaltenen Forderungen bezüglich der militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes kann keine Folge gegeben werden.“

Daraufhin gab General v. Winterfeldt im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommision des Staatssekretärs Erzberger, heute folgenden Protest ab:

„Die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen, die von der deutschen Waffenstillstandskommision in ihrer Note vom 18. November unter eingehender Begründung angezeigt worden ist, wurde vom Marschall Foch rundweg abgelehnt und bleiben daher Bedingungen in Kraft, wie sie in der Geschichte wohl noch nicht auferlegt worden sind. Ein modernes Heer von über drei Millionen Mann, mit komplizierten technischen Apparaten soll in Gewaltmärschen, in ungünstiger Jahreszeit, auf vielfach schlechten und gebirgigen Wegen über Defileen des Rheins in voller Ordnung zurückgeführt werden. Die Zivilbevölkerung der Gebiete, die von diesen Heeresrüstungen durchzogen werden, soll dabei vor jeder Belästigung bewahrt bleiben. Gleichzeitig werden dem Heere gewaltige Transportmittel abgenommen; ungeheure Kriegsmaterial und viele Tausende Gefangene der verschiedenen Nationalitäten sollen ordnungsgemäß und in tadellosem Zustand übergeben werden. Es darf an das unparteiische Urteil jedes erfahrenen Offiziers der Truppe oder des Generalstabes appelliert werden, um zu entscheiden, ob eine derartige Gestaltung überhaupt in dem Bereich des Mo-

glichkeit liegt. Die Kriegsgeschichte wird in dieser Beziehung später ein sehr deutliches Urteil sprechen. Nachdem somit die Milderung der praktisch völlig unausführbaren Bedingungen abgelehnt wurde, trocknet die militärischen und politischen Verhältnisse, die zur Aufführung solcher Bedingungen geführt haben, sich seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Grund auf veränderten, kann nur angenommen werden, daß die Absicht des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des Waffenstillstandes das Heer völlig aufzulösen und zu vernichten, das während 50 Monaten gegen übermächtige Gegner ruhmvoll standhielt, und dessen Front bei der Einschätzung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende tapferer Männer, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vaterland gekämpft haben, werden infolge der aufgezwungenen Gewaltmärsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder kurz noch vor Erreichen der Heimat in Gesangenschaft geraten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein derartiges Ergebnis dem Sinn eines Waffenstillstandes entspricht, der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen und den Frieden der Verjährung und der Gerechtigkeit anzubahn, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwingung unmöglicher Bedingungen die uferlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonders unerbittlicher unmenschlicher Form darstellt. Daß durch die schauderhafte Auseinandersetzung der harren Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und Kindern von Anarchie und Hungersnot bedroht wird, wurde zu wiederholten Malen mit gräßigstem Nachdruck hervorgehoben. Diese den Geboten der Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei Beachtung gesunden zu haben. Unter solchen Umständen bleibt dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommision nur übrig, noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch weiterhin alles tun wird, was in Menschenkräften steht, um das Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß aber für die geordnete pünktliche Durchführung der erzwungenen Bedingungen keine Gewähr übernommen werden kann, und daß die Verantwortung für alle weiteren Folgen, die schließlich eine Rückwirkung auf das ganze westliche Europa haben werden, feierlich und vor aller Welt abgelehnt wird.“

Gegen eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen hat sich Asquith ausgesprochen. „Deutschland habe sich sie selbst zuwickelein“. Das deutsche Volk soll also die Suppe auslöschen, die die damals Herrschenden ihm eingebracht haben.

Zur Auslieferung des Eisenbahnmaterials.

Folgendes Telegramm des deutschen Oberbefehls an den französischen Oberbefehl wurde veröffentlicht: „Die geforderte Zurücklassung des deutschen Eisenbahnpersonals ist praktisch unausführbar. Trotz des gegebenen Beschlusses verläßt das Personal seinen Posten. Darum ist bereits beim Abschluß des Waffenstillstandes gebeten worden, reichlich vorhandenes belgisches Personal einzustellen. Das Ersuchen der Abteilung zahlreichen Personals von kriegerischen Linien, um den Betrieb zu übernehmen, wird die ordnungsmäßige Ablieferung des Materials, der Apparate usw. bei der großen Ausdehnung der Räumung unausführbar machen. Es wird vorgeschlagen, durch eine Kommission unter Leitung der Alliierten das zurückgebliebene Material feststellen zu lassen. Die Auslieferung von 5000 brauchbaren Lokomotiven ist unmöglich. In Deutschland sind in Wirklichkeit viel weniger als 5000 Lokomotiven vorhanden und von den Lokomotiven in den besetzten Gebieten sind nur ungefähr 3000 betriebsfähig. Die restlichen Lokomotiven aus Deutschland zu senden, würde einen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten und das Zurückbringen des Heeres unmöglich machen. Diese Umstände gelten für die Wagen ganz besonders. Darum wird gebeten, daß das deutsche Material, das sich in der Türkei, in Belgien, Serbien, Rumänien, Österreich-Ungarn und den Randstaaten zur Instandhaltung der Ordnung benötigt, von dem Betriebsmaterial abgezogen werde. Das sind ungefähr 2000 Lokomotiven, die verwendungsfähig sind, und 76 000 Wagen.“

Für und wider die Nationalversammlung

Die von dem Volksmatrosenrat von Berlin und Vororten angenommene Entscheidung lautet, wie den „P. P. N.“ von den zuständigen Organen mitgeteilt wird, folgendermaßen:

Der Ausschuss des Volksmatrosenrats von Berlin und Vororten erklärt, daß er sich mit der aus Matrosen gebildeten Volksmarine-Division als Sicherungstruppe der Regierung auf Verfügung stellt hat. Er kann daher einen Eingriff einer Kontrollinstanz wie des Volkszugsausschusses beziehungsweise des Volkszugsrats in die Executive nicht einwilligen.

Bei der Reichsregierung laufen von allen Teilen des Heeres Stücke von Telegrammen ein, die den Matrosen durchweg dagegen erheben, daß der Berliner Matrosen-

Soldatenrat sich anmaße, für das gesamte Reich zu sprechen, ohne daß die heimkehrenden Truppen befragt würden. Aus überwundlichen Füßen der Deutschen seien nur die folgenden beiden Beispiele angeführt:

Der Soldatenrat der Armeeabteilung A telegraphiert: Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat am 17. November 1918 einen Beschluß gefaßt, zu dem der unterfertigte Soldatenrat folgende einstimmig gefaßte Erklärung abzugeben hat: Wir erheben aufs schärfste Einspruch gegen die Bestrebungen, das Zustandekommen der von der letzten Reichsregierung für den 2. November angekündigten Wahlen zur Nationalversammlung zu hinterstreben. In dieser auf Grund des freisten Wahlrechts der Welt gebildeten Nationalversammlung zur endgültigen Festlegung der neuen Staatsform erblicken wir die allein mögliche Sicherung unserer politischen Rechte. Wir verlangen unter allen Umständen, daß unsere Stimmen mitentscheidend sein müssen und weisen jedwede Amtmachung, über unsere Köpfe hinweg zu bestimmen, entschieden zurück. Das Feldheer will den Frieden und den geordneten Neuaufbau des deutschen Staates und Wirtschaftslebens. In diesem Streben sind wir gewillt, die jetzige Reichsregierung mit allen Mitteln zu stützen und drücken ihr einstimmig unser volles Vertrauen aus.

Soldatenrat der Heeresgruppe D.
Soldatenrat der Armeeabteilung A.

Der Soldatenrat Lüttich telegraphiert an Ebert: Soldatenrat Lüttich stellt sich rücksichtslos hinter die von Ihnen vertretene Regierung und ihr Programm. Er bittet jedem Versuch einer Minderheit, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Die zukünftige Staatsform kann nur auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, nicht über den Kopf des Volkes und der heimkehrenden Truppen hinweg durch Delegationen willkürlicher Minderheiten festgesetzt werden. Der Soldatenrat ist der Ansicht, daß die Volksregierung hierin auf die erdrückende Mehrheit der Armee rechnen kann und fordert sie auf, sich nötigerfalls in den Schuß der Armee zu stellen.

Der Soldatenrat Lüttich, Lüttichaus, Vorstand.

Solche Telegramme hat die Regierung über hundert erhalten.

Eine Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte für den Niederrhein stellte sich mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auf den Standpunkt der Spartakusgruppe. Unter Führung der Unabhängigen aus Solingen, Kemnich und Düsseldorf wurde eine Entschließung angenommen, welche die gegenwärtige Reichsleitung für unmöglich und konterrevolutionär erklärt, die dauernde Vereinigung der gesamten Staatsgewalt in einer Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte fordert und die sofortige Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als unerlässlich bezeichnet.

Hessen und Baden für die Nationalversammlung.

Die hessische Regierung hat unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin einen Protest an die Reichsregierung gerichtet, in dem u. a. die schleunige Einberufung der Nationalversammlung verlangt wird.

Der badische Minister des Innern, Dr. Haas, erklärte in einer Unterredung, das ganze badische Volk verlangt die schnelle Einberufung einer Nationalversammlung. Auf keinen Fall würde man sich eine Berliner Diktatur gefallen lassen.

Ein Vertreter der Regierung über die Nationalversammlung.

In einer Soldatenversammlung in Berlin erklärte der Vorsitzende Barth u. a.:

Die Verhältnisse werden uns dazu zwingen, daß die Nationalversammlung in absehbarer Zeit kommt. Aber nicht in einigen Wochen oder Monaten, denn die technischen Schwierigkeiten der Wahlvorbereitung sind zu groß. Sobald diese überwunden sind, muß die Nationalversammlung berufen werden. Man kann auch nicht eher eine Nationalversammlung berufen, als man weiß, wie die neuen Grenzen Deutschlands festgelegt werden. Wenn die Entente weiß, daß wir vom Vertrauen des Volkes getrennt sind, dann wird sie auch mit uns Frieden schließen. Wir müssen möglichst bald eine Soldatenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands berufen und einen Zentralrat wählen lassen. Diese Frage kann vielleicht nach einem halben, vielleicht auch erst nach einem ganzen Jahr gelöst werden.

Es wird gewiß niemanden geben, der die Schwierigkeiten, die sich der baldigen Einberufung der Nationalversammlung entgegenstellen, verkennt. Wir meinen aber, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden müssen und können. Wird die Nationalversammlung nicht so bald wie möglich einberufen, dann würde das ein Unglück für Deutschland sein!

Keine Friedensangebote?

Wie Wolfs Telegraphendienst mitteilt, werden in den Berliner Kaiserlichen Gerichten verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1918 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Demgegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrfach amtlich erklärt worden ist, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkriege jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

In den Meldungen über ein angebliches amerikanisches Friedensangebot im Herbst 1918 erahnen bürgerliche Blätter angeblich zuverlässig folgendes: Es wurden damals allerdings durch Herrn Joffe gewisse Mitteilungen im Auswärtigen Amt gemacht, die auch sehr außergewöhnlich geprägt waren. Es handelte sich jedoch, wie eine Studie ergab, um nicht genügend autorisierte Mitteilungen, die Joffe von einem Amerikaner in der Schweiz erhalten hatte. Der betreffende Amerikaner soll daher nur nicht offiziell zuverlässig sein. Diese Ausschaltung war ihm durch spätere Befragung bestätigt. Als man der Sache nachging, stellte sich heraus, daß die Beziehungen, die er zu Joffe angeblich haben wollte, nicht so waren, wie er angab. Diese Angelegenheit kann hiermit nicht erledigt sein; sie gehört weiterer Nachprüfung.

An Heimat und Heer.

Berlin, 21. November. (Amili.) Die Verbündeten des Feldheeres auf dem Rückmarsch in das Blützertum von Serpfliegern gegen und Serpfliegern ausserhalb.

Heimat und Heer werden dringend aufgefordert, mit allen Kräften solche Vorkommnisse zu verhindern, da sonst ein Zusammenbruch der Verbündung mit schlimmsten Folgen unvermeidlich wäre.

Blünderung oder Versuch einer solchen hat schärfste Strafe zur Folge.

Ebert. Haase. Göhrde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Konferenz der Reichsleitung mit den Bundesstaaten.

Für die am Montag einberufene Versammlung der Vertreter der einzelnen deutschen Freistaaten mit der Reichsleitung ist ein neues Programm nicht vorgesehen, um die Aussprache nicht einzuschränken und sich nicht unnütz festzulegen. Mangels jeder Befreiung über das Stimmverhältnis der einzelnen Freistaaten wird auch seine Abstimmung stattfinden, da es sich nicht um einen Revolutionssatz für den alten, in seiner gesetzgebenden Funktion endgültig abgetanen Bundesrat handelt, sondern nur um eine klare Aussprache, wobei natürlich zur Sprache kommen dürfen: die Verteilung der Kompetenzen zwischen Reichsregierung und Reichskontrollorgane sowie zwischen Reichsregierung und Landesregierung und das mit allen diesen Fragen eng zusammenhängende Problem der Konsolidation. Die Absicht ist, eine Auflösung des Reiches hintanzuhalten, die unvermeidlich wäre, wenn die ungeheure Mehrzahl des Deutschen Reiches auf die Dauer von der Mitwirkung an der Regierung ausgeschlossen bliebe und die Leitung des Reiches allein in den Händen lokaler Berliner Gewalten läge. Der schon unter dem alten Regime gehörte Ruf: Los von Berlin! würde dann mit unwiderstehlicher Kraft durch ganz Deutschland brausen.

Wissens Warnung.

Aus unbedingt zuverlässiger Quelle wird gemeldet: Präsident Wilson habe durch Vermittlung einer neutralen Regierung mitteilen lassen, er warne ernsthaft davor, in Berlin Unruhen zu dulden, oder einen Vertreter der Moskauer Sovieterregierung für Berlin zugelassen, da die Entente entschlossen sei, den Waffenstillstand zu kündigen, bzw. nicht mehr zu verlängern, wenn diese Warnung sein Gehör finden würde.

Es ist traurig, daß wir uns eine derartige Einmischung gefallen lassen müssen.

Das Drängen der Feinde nach einer „gesetzähnlichen Regierung“ in Deutschland.

Basel, 23. Nov. „Daily News“ schreiben zu der Lage in Deutschland: Mit Soldaten- und Arbeiterräten verhandeln die Alliierten nicht. Wie die englische Admiraltät bereits den Vertretern einer Fantaßie-Regierung von Ostpreußen erklärt hat, auch nicht mit Beaumagin der Räte nach russischem Vorbild, die keine Regierungsgewalt sind und die Verträge im Namen ihrer Räte nicht abschließen können. Wenn die nächsten 4 Wochen keine gesetzähnliche Regierung in Deutschland bringen, muß die Frage offen bleiben, ob der Waffenstillstand von den Alliierten fortzusetzen sei. Ein Frieden ohne Genehmigung der Volksvertretung kann uns in 5 Jahren einen neuen Krieg bringen.

Auch die Gegner der Einberufung einer Nationalversammlung lassen daran die Lehre ziehen, daß sie mit ihrer Haltung die Wiederherstellung des Friedens und die Festigung des durch die Revolution im Interesse der Arbeiterschaft Errungenen in Frage stellen.

Regierung und Vollzugsrat.

Wie der „Berl. Lok. Arz.“ von informierter Seite erläutert, haben gestern Verhandlungen zwischen Regierung und Vollzugsrat stattgefunden, die eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen zum Gegenstand hatten. Die Exekutive befindet sich fortan ausschließlich in den Händen der Regierung, während der Vollzugsrat Kontrollorgan bleibt und damit zur Zeit den größten Einfluß auf alle wichtigen Regierungsmagnatzen ausübt. Die I- und S-Räte werden am die Mitte des nächsten Monats eine Delegierten-Versammlung nach Berlin entlaufen, die dann einen Zentralrat zu wählen haben würde, der gewissermaßen als das Parlament der I- und S-Räte aufzufassen ist. Dieser Zentralrat wählt aus seiner Mitte einen Vollzugsrat. Die Frage der Einberufung der Nationalversammlung war gleichfalls zur Erörterung gelangt, eine Entscheidung scheint noch nicht gefallen zu sein.

Deutschland und Nachbar.

Mit Rücksicht auf die Tunkspiele der Räteregierung, welche das deutsche Volk zur Bildung einer Gewalt- und Klassenherrschaft auffordert und auf die Vorgänge bei der Internierung der deutschen Generalkonsulate hat die deutsche Regierung an die Moskauer Räteregierung eine Note gerichtet, in der sie fordert: 1. daß die russische Regierung die gegenwärtige deutsche Regierung anerkennt und sich jeder Einwirkung auf die Bildung einer anderen Regierung enthält, 2. daß sie eine Anerkennung der Vorgänge bei der Internierung und Gefangenennahme der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg herbeiführt.

Rückblick

Die Entente gegen den Bolschewismus.

Der Pariser Temps meldet aus Tokio die Mobilisierung von fünf weiteren japanischen Schiffsgruppen für die Expedition gegen Russland. Der Matin berichtet, daß französische Truppen an die Murmanküste abgehen, um an dem bevorstehenden Generalauftakt der Allierter in Russland zur Niederwerfung des Bolschewismus teilzunehmen.

Zur Löhe und den Raumgebieten.

Samstag, 23. November.

Willkommen!

Als in den ersten Tagen des August 1914 unsere Truppen unter den geschützten Glücksbrüder der Bevölkerung, blumengekränzt, von rauschenden Klängen schweigender Militärmusik begleitet, zum Bahnhof zogen, um einer harten Pflicht zu genügen, so rauschten mit alle herau, daß der Krieg nur meine Männer

dauern werde und die Ausziehenden Jodann, Lorbeer, Schmid als Sieger in die jubelnde Stadt zurückkehrten würden.

Woß lehren unsere Soldaten in diesen Tagen zurück als Sieger in ungeahnten Schlachten, ungebeugt, obwohl Deutschland politisch unterlegen ist. Sie haben vier Jahre einer ungeheuren Übermacht mit eisernem Willen getrotzt und die deutsche Flotte in allen Landen Europas Sieghaft vorangetrieben. Die Weltgesichter wird dem deutschen Heere den Vorberuf des Siegers überreichen. Aber unsere Soldaten im Wu, Eurod kommen jetzt nicht mit Klingendem Spieß zurück, sondern meist in abgespannten kleinen Gruppen. Und das Heer der Heimat ist, so lehrte es frohlockt, die Seinen wiederzusehen, durch die Demütigung eines unerhört harten Waffenstillstandes, durch Entbehrungen des Kriegskrieges seelisch niedergedrückt und nicht in der Stimmung, seiner Freude über die Heimkehr der Armee so laut Ausdruck zu geben, als es sonst geschehen wäre. Wir haben Winter! Die Natur ist arm an blühenden Kindern Flores, wir vermögen nicht die Heimkehrenden mit zahllosen Blumen zu schmücken! Das wissen unsere Feldgrauen! Der Jubel, mit dem die Gattin den Mann, die Kinder den Vater, die Eltern den Sohn in ihre Arme schließen, leuchtende Augen, liebevolle Fürsorge und der kräftige, fröhliche Händedruck guter Freunde sagen ihnen besser als tönende Naden und tosender äußerlicher Jubel, wie hochwillkommen sie in der Heimat sind. Wir alle wollen und müssen miteinander wetteifern, um unserem siegreichen Volksheere dankenswert die Zukunft sonnig zu machen.

Abstundentag.

Wir erhalten vom Soldaten- und Arbeiterrat folgende Anordnung:

Die bürgerliche Presse bringt unter obiger Stichmarke ein „Eingebaut“, das an den Beschlüssen der Regierung und des Soldaten- und Arbeiterrates zu Lübeck — soweit sie die Einführung des Abstundentages und das Entlassungsverbot bis zum 20. Dezember betreffen — eine Kritik auf, die von „wirtschaftlicher Gewaltpolitik“ und „allgemeiner Undurchführbarkeit“ redet. Der Herr Eindecker geht von ganz falschen Voraussetzungen aus. Die Einführung des Abstundentages ist notwendig, erstmals, um die Arbeitsmöglichkeit zu steigern, zweitens, aus Gründen der Kohlen- und Gasersparnis, drittens, um möglichst die Tagessummen für die Arbeit auszunützen und, viertens, mit Rücksicht auf die jahrelange Unterernährung der Arbeiter, aus letzteren Gründen sogar dringend geboten.

Das Entlassungsverbot bis zum 20. Dezember ist ebenfalls eine unumgängliche Notwendigkeit, um Schlimmes zu verhüten oder abzuwenden. Wenn auch der Abstundentag eine alte Fortsetzung der sozialistischen Arbeit dient, so ist seine Durchführung nach der Ausübung der erwirktenden politischen Macht durch die Arbeiter und Soldaten doch nur aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt. Die Verarmung der ganzen Welt und die treibhausartige Entwicklung vieler Produktionsmittel während des Krieges lassen ungangreich. Arbeitslosigkeit bevorstehend erscheinen. Insolge dessen ist eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ein unumgängliches Mittel, die industrielle Renergie und mit ihr Elend und Not zu vermindern.

Schon vor der Ummölgung durch die Revolution war es das Bestreben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Lasten der vermindernden Beschäftigung auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Wenn die gegenwärtige Notwendigkeit zu einer dauernden Einrichtung wird, ist der Beweis erbracht, daß Deutschland auch bei dem Abstundentag leben, blühen und gedeihen kann. Es ist dann auch selbstverständlich, daß die arbeitsfähige Arbeitszeit sich nicht auf die deutschen Grenzen beschränkt, sondern eine internationale Einrichtung werden wird. Vielleicht gelingt es schon bei den Friedensverhandlungen eine solche Vereinbarung zustande zu bringen. Auch bei der Entente werden sich die Arbeiter für die jahrelangen Opfer nicht mit einem Einvernehmen abweisen lassen.

Arbeitsamt — Arbeitsbeschaffung.

Nachdem am Dienstag die Bürgerschaft die Vorlage des Senats betr. die Schaffung eines Arbeitsamtes mit genehmigt hat, vollzieht sich die Einrichtung des neuen Amtes mit der durch die Verbündeten gebotenen Bekleidung. Das Arbeitsamt selbst die Abteilungen für Arbeitsbeschaffung und der Demobilisierungsausschuss haben bereits ihre ersten Sitzungen gehabt. Eine Rückfrage an die Betriebe mit einer größeren Zahl von Arbeitsträgern hat ergeben, daß fast überall mit Wiedereinstellung der früheren Arbeitskräfte zu rechnen ist, daß auch in zahlreichen Fällen Neu-einstellungen möglich sind, wenn Rohstoffe und Betriebsmittel rasch und in der erforderlichen Menge zu beschaffen sind. Der Demobilisierungsausschuss des Arbeitsamtes wird mit ganzer Kraft an der Überwindung dieser Schwierigkeiten mithelpen, um möglichst rasch, insbesondere für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer, hinreichende Arbeitsgelegenheit zu schaffen. — Wünschen und Anregungen, wie sie dem Arbeitsamt bei Beantwortung der Rundfrage unterbreitet worden sind, wird ungesäumt nachgegangen werden, soweit sie sich zur weiteren Verfolgung eignen. Weitere Anregungen nimmt das Arbeitsamt schon jetzt schriftlich und von Anfang nächster Woche an mündlich entgegen.

Feldpostsendungen. An die Truppen der besetzten Gebiete im Osten (Kurland, Estland, Livland, Ukraine) sind Feldpostsendungen außer solchen mit Wareninhalt (Päckchen) nach wie vor zugelassen, während nach dem Westen der gesamte nichtamtliche Feldpostverkehr gesperrt ist. Um die nach den genannten besetzten Gebieten im Osten gerichteten Sendungen von vorherhin als solche erkennen zu können und dadurch ihre Annahme und Weiterbeförderung sicherzustellen, empfiehlt es sich, in den Aufschriften neben der eigentlichen Feldpostresse noch den Zusatz „Ost“ anzubringen.

Handlungsgehilfenbewegung. Am Donnerstag, dem 21. 1918, fand im grünen Saale des Stadttheaters hierbei eine vom Centralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Lübeck, einer beruflichen öffentlichen Versammlung des Kaufmännischen Personals der Firmen A. Kortadt und Holstenhaus statt. Die Tagesordnung lautete: „Die neue Zeit und die Handlungsgehilfen“. Den Referenten Kollege A. Kortadt gab in seinen Ausführungen in grauer Füge einen Rückblick auf die letzten Ereignisse. Von allen Freien feierte die Handlungsgehilfen während der Kriegsjahre ganz besonders schlecht behandelt worden. Die bei Kriegsausbruch auf gewerkschaftlichen Gehältern lebten nur ganz langsam wieder und

die Höhe vor Kriegsmaterial gebracht worden. Trotz der riesigen Kriegswinne, die durch den Verlust der alten Landhäuser erzielt worden sind, wurde den Arbeitnehmern eine ausreichende Teuerungszulage nicht gewährt, sondern noch wie vor die üblichen Schuhläufe weitergezahlt. Zurückzuführen sei dieser für alle handelsangestellten bedauerliche Zustand auf den Mangel einer ausreichenden Organisation. Ganz anders lägen diese Dinge bei der Arbeiterschaft. Diese habe große Organisationen zur Verfügung und könnte durch deren Hilfe jede Verfehlung abwenden. Nun mehr sei es für die Handelsangestellten notwendig, aus dem langen Schlaf zu erwachen und sich gleichfalls zu organisieren. Als Organisation komme nur der Zentralverband der Handlungshelfer in Frage, weil nur dieser eine aussprochene Kampforganisation sei, während alle anderen Organisationen lediglich logenreiche Betriebsmeister betrieben. Nachdem die Ausführungen des Referenten von dem Kollegen Ehrentz-Hamburg durch einige Ausführungen ergänzt wurden, entschloß der Referent die Annahme folgender Resolution: „Die am 21. November 1918 im grünen Saal des Stadttheaters laufende öffentliche Versammlung des Kaufmännischen Personals der hiesigen Warenhäuser Ruh, Kratz und Hohenhaus erklärte hiermit geschlossen dem Zentralverband der Handlungshelfer als Mitglieder beizutreten. Die Versammlung beauftragt den Zentralverband, den Firmen folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Regelung des Prämienstems. 2. Beseitigung der Strafgericht. 3. Gewährung einer Teuerungszulage von 33% Brutto, außerdem für jedes Kind 15 M. pro Monat. 4. Gewährung eines einmaligen Leihfonds von 400 M. für Verheiraten, 200 M. für Ledine. 5. Regelung des Früh- und Spätabendes. 6. Vergleichung der Nebenkunden. 7. Regelung der Ferien. 8. Einführung der vollständigen Sonntagsruhe. Die Versammlung beschließt, zur Durchführung dieser Forderung in beiden Betrieben sofort einen Anstellten-Ausschuß zu wählen, der gemeinsam mit dem Vorstande der Bezirksleitung den Firmen diese Forderung zu unterbreiten hat.“

Närmliche Zusammenlegung des Arbeitsamtes und Wohlfahrtsamtes. Die großen Raum Schwierigkeiten, mit denen schon bisher die Einrichtungen des Stadt- und Landamtes, Abt. 3 und der kleinen Landesanstalt für Kriegsverletzte zu kämpfen hatten, und die sich mit den großen Anforderungen der Neuberatungsfürsorge noch erheblich verstärkt haben würden, sind in glücklicher Weise durch die Mietung des ehemaligen Hotels „Kaiserhof“ behoben. Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt werden hier mit allen ihren Abteilungen zusammenfinden. Von der räumlichen Zusammenlegung darf man sich ein rascheres und günstiges Zusammenarbeiten und eine zweckmäßige Nutzung der vorhandenen Kräfte und Mittel versprechen, vor allem wird bei dem einen Aneinanderreisen jener Einrichtungen den Besuchern das Aufsuchen verschiedener Wohlfahrtsinstitute erleichtert. Schon Anfang nächster Woche trifft das Arbeitsamt mit allen seinen Abteilungen und das Wohlfahrtsamt mit verschiedenen Hauptabteilungen (Rechts- und Reisekostenfürsorge, Rechenschaftsstelle, Einigungsnamt Fürsorge für Kinderrechte, Familien, Au-kunftsstelle über Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit und die öffentliche Schreibstube) in den Kaiserhof über. Die weiteren Abteilungen des Wohlfahrtsamtes werden baldmöglichst folgen.

Obstkerne von geliebtem Obst zur Delgewinnung. Die vielfach verbreitete Aussicht, daß zur Delgewinnung nur Kerne von ungefrorenem Obst geeignet seien, ist irrig. Auch Kerne aus gefrorenem Obst können verwendet werden, wenn sie nicht beim Erkalten in zuckerhaltigem Saft liegen gelassen werden und diesen eingezogen haben. Somit sind Kerne, die bei der jetzt üblichen Art der Obstherarbeitung, bei der die ganzen Früchte ohne Zugabe von Zucker zunächst durch Erhitzen mit Wasser auf Überhitze verarbeitet werden und dieser dann in heißem oder erkaltetem Zustand, reckenweise nach Konserve und längerem Lagern in reines Obstmark und Kerne getrennt wird, ein zur Delgewinnung durchaus geeignetes Kernmaterial.

Ferdinand Lassalle im Film. In der Tonhalle wird von heute ab ein Film vorgeführt, der das Leben und Wirken dieses großen Kämpfers und Agitators Ferdinand Lassalle zum Gegenstand hat. Der „Vorwärts“ schreibt darüber u. a.: „In Deutschland des zur Neige gehenden Weltkrieges beherrscht die politische Führung, die Forderung nach Demokratisierung und parlamentarischem Regime, nach dem gleichen Wahlrecht und der allgemeinen politischen Entwicklung alle anderen geistigen Strömungen in einem Maße, daß sich niemand ihr zu entziehen vermag, und so ist es kein Zufall, daß ein großes politisches Lebensbild, das freilich auch in reichlichen dramatischen Autoren schwelgen darf, zuerst in einem deutschen Film festgehalten wurde. Der Film „Ferdinand Lassalle“ hat die politischen Geister mächtig aufgerüttelt. Das konnte nur geschehen in einer Zeit, die mit politischen Problemen geladen ist wie die untrige. Der Film ist, obwohl die historischen Begebenheiten Jahrzehnte zurückliegen, ein echtes Produkt unserer Tage, denn die politischen Forderungen, die der große Politologe in glühend leidenschaftlichen Bekenntnissen erhoben hatte, sind noch heimstarken Forderungen der Gegenwart und der Gedanke, daß sie morgen nicht mehr Forderungen, sondern Erfüllung sein werden, macht die Betrachtung des klassischen Lebensbildes nur um so anziehender und spannender. . . . Zwei Jahre wird der politische Film, wenn ihm nicht nur eine volkstümliche Tendenz, sondern zugleich eine kräftig dramatische Seele eingeschaut wird, für absehbare Zeit in unseren Kinos herrschend bleiben. Er bringt — bei aller Handlungsmöglichkeit des politischen Geschehens — Einheitswerte in sich, wie sie auch das politische Drama besitzt.“

Die Schul-Kasse der Kriegsschule nimmt jetzt wieder Anmeldungen für ihre Vormittags- und Nachmittagsklasse entgegen und möchte Haushalte, die es dadurch benötigen, da sie hier jetzt wieder Gelegenheit geben, für sich und ihre Familie gebrauchsfdige Haus- und Straßenkleidung anfertigen zu können. Gleichzeitig werden auch Anmeldungen für unsere Strumpfklasse wieder entgegengenommen.

Kunsttheater. Am Sonntag abend wird zum ersten Male: „Zahl ein Knab ein Röslein steht . . .“, ein Singspiel aus Goethes Jugendzeit in 3 Bildern von Wilhelm Jacobs, Musik (zu Bezugnahme von Volksliedern) von Heinrich Spangenberg aufgeführt. Dieses Stück, das s. in Magdeburg fast hundertmal gegeben wurde, hat durch Kostümmeister Blumentritt eine sorgfältige Einstudierung erfahren und ist mit den ersten Künsten des Kunstschauspiels bestellt. Am Sonntag nachmittag findet eine nochmalige Aufführung des beliebten Kinderstückes „Sneewittchen“ statt.

Wohltägliche Konzert. Das Hauptwerk des 7. Konzertes ist Beethovens C-moll-Sinfonie. Ihr voran gehen unter der Leitung von Heinrich Spangenberg: „Der Tod zum Gedächtnis“ Mozarts ergreifend höhe felsengespielte Trauermusik, Snobrs Begräbnismusik aus einer Sinfonie. — Die Weise der Töne, Bruckners Andante aus der Romantischen Sinfonie und Göhlers „Heldenklage“, die schon im letzten Sinfoniekonzert gehört wurde.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Dienstag: „Der Schöpfer“, Schauspiel. Mittwoch: „Wörtha“. Donnerstag: König Grisehaar. Freitag: zweiter Abonnement: „Höchst Gotha“ und „Ring des Volkes“. Sonnabend: Rose von Siam. Sonntag: Waffenmärkte.

Gutta. Der Landesausschuk der Provinz Südbayern tagte hier, um hauptsächlich Beschlüsse über die Ausführung von Kriegsbeschaffungen für die heimkehrenden Krieger zu fassen. In dieser Sitzung nahmen auch je zwei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates teil. Bewilligt wurden für diese Arbeiten 100000 M., und dürfte es sich hauptsächlich um den Neubau von Chausseen handeln, soweit um den Bau eines Eisenbahnhofs bei Wendorf und um Eisenbahnbauten, in erster Linie von Traunreuth nach Timmendorfstrand. Bei den Chausseen sind es die bestehenden Strecken, die schon 1912 bewilligt worden waren; es kann über den Beginn des Baues der einzelnen Chausseen nichts mehr gesagen, da bereits das nötige Material bereit steigt.

Des weiteren wurde beschlossen, aus dem Verlustwurf der Arbeitswirtschaft die Summe von 200000 M. an die einzelnen Gemeinden je nach ihrer Bevölkerung verteilt zu überweisen, damit sie in der Lage sind, beschäftigten Handwerkern einen Vorratshof zum Einbau von Rohmaterialen usw. gewähren zu können; es handelt sich also nicht um ein Almosen, sondern um einen Rechtsanspruch des Handwerkers auf ein Darlehen. Um eine möglichst einwandfreie Verteilung der bereits außerdem zu Unterstützungs Zwecken bereitgestellten Summe von 800000 M. herzuführen, wird der Landesvorstand hierzu noch durch 3 Handwerkermaster und 3 Arbeiter verstärkt; es sind dies: Bäckermeister Kleibusch, Schreinervölk, Maurer Fied-Stödelsdorf, Arbeiter Hildebrand-Gutin und Zimmermann Thüter-Wahrenböck. Zu einer sich nun anbahnenden allgemeinen Aussparade werden die hiesigen hohen Preise für Milch, Brot und Wurst bemängelt und von der zuständigen Stelle die nötige Aufführung gegeben. In die von Reichs wegen auch in unserem Bezirk zu bildende Demobilisierungskommission wurden nachstehende Herren gewählt: Oberreitersturk (Oberreitersturk), Bürgermeister Mahlsdorf, Brach (Landwirtschaftskammer), Hofbäcker W. Drüppelkammer-Quisdorf, Vorarbeiter Grapeneter, Bauhof, Bauunternehmer Steenbach, Maurer Schumann-Gutin, Sattlermeister Janzen und Arbeiter Dürkopp.

Hamburg. Die Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg, Altona und Umgegend nahm gegen eine Stimme diese zwei Resolutionen an: Resolution Säädlich: Die heute im Gewerbehaus Hamburg tagende Vollversammlung aller Soldatenräte aller Formationen von Hamburg, Altona und Umgegend einstimmig aller Zigarette bestimmt nach Entgegnahme des Plakats der Delegierten über Zusammensetzung, Organisation, Geschäftsaufordnung und politische Konstitution des Dreißiger-Ausschusses folgendes: 1. Die Vollversammlung aller Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona schlägt sich dem Beschluss der Delegierten-Versammlung an und stellt sich geschlossen hinter die neue Regierung. 2. Demgemäß haben alle Handlungen und Beschlüsse politischer Natur als Grundlage das sozialdemokratische Programm. 3. Alle Bestrebungen innerhalb der Soldatenräte, die auf eine Spaltung in den eigenen Reihen hinauslaufen, sind zu bekämpfen. 4. Die in die gesetzgebende Räte gewählten Soldatenräte müssen eine dementsprechend abwehrende politische Auseinandersetzung haben. Zur Erledigung aller dieser Fragen werden Dreißiger-Ausschuss und Delegierten-Versammlung beauftragt, sofort in gemeinsamer Sitzung eine Entscheidung herbeizuführen und der Vollversammlung der Soldatenräte aller Hamburg-Altonaer Formationen über die erfolgte Regelung Beicht zu erstatten. Zukünftig: Stellungnahme zur Offiziersfrage! Die Vollversammlung ist der Auffassung, daß die Offiziere nur dann in ihren alten Stellungen verbleiben, wenn die Mannschaften damit einverstanden sind. Um diese Frage endgültig zu erledigen, schlagen die Hamburg-Altonaer Soldatenräte vor, eine Kommission aus den Hauptorganisationen zu ernennen, die mit der Reichsregierung eine endgültige Entscheidung herbeiführt. Resolution Bamml: Wie im ganzen übrigen Deutschland, hat sich auch der Oberste Soldatenrat von Hamburg-Altona prinzipiell aus der Delegierten-Versammlung zu bilden und zu ergänzen. Kameraden, die seit Beginn der Hamburger Revolution an letzter Stelle stehen und über besondere organisatorische Fähigkeiten verfügen, verbleiben im Obersten Soldatenrat. Die Mitglieder des Obersten Soldatenrats sind von der Vollversammlung aller Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona mit ihren Untern bestreut. Sie müssen das Vertrauen der Vollversammlung und der Delegierten-Versammlung aller Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona entziehen. Der Oberste Soldatenrat betrachtet als seine vornehmste Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, er steht hinter derjenigen Reichsregierung in Berlin, die sich für das Ziel der Revolution, die Errichtung einer sozialistischen Republik tatkräftig einsetzt und sich für Herbeiführung des Friedens, Sicherstellung der Ernährung und Sozialisierung des Wirtschaftslebens verbürgt. Die Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg-Altona ist durch die Delegierten-Versammlung in allen erforderlichen Fällen einzuberufen zur Entgegnahme der Berichte der Delegierten-Versammlung über die Tätigkeit des Obersten Soldatenrates.“ Es wurde festgestellt, daß die Resolution Campi als Ergänzung der Resolution Schädlich, besonders zu deren ersten Absatz, aufzufassen sei.

Kiel. Von den Stadtverordnetenwahlern. Der sozialdemokratische Verein Groß-Kiel hat in seiner Hauptversammlung am Donnerstag abend den neuen Stadtverordnetenwahlern Stellung genommen und beschlossen unter Ausschluß des Konservativen sich daran zu beteiligen, das heißt, sozialdemokratische Kandidaten sollen in allen vier Bezirken vorgestellt werden. Das Weiterere wurde dem Vorstand überlassen. Es ist zu erwarten, daß nunmehr die Sozialdemokratie die Mehrheit im Stadtparlament gewinnt. Kiel. Von den Stadtverordnetenwahlern. Der sozialdemokratische Verein Groß-Kiel hat in seiner Hauptversammlung am Donnerstag abend den neuen Stadtverordnetenwahlern Stellung genommen und beschlossen unter Ausschluß des Konservativen sich daran zu beteiligen, das heißt, sozialdemokratische Kandidaten sollen in allen vier Bezirken vorgestellt werden. Das Weiterere wurde dem Vorstand überlassen. Es ist zu erwarten, daß nunmehr die Sozialdemokratie die Mehrheit im Stadtparlament gewinnt.

Oldenburg. Der Landtag trat Dienstag zu seiner dritten ordentlichen Sitzung zusammen. Es war die erste nach der politischen Neugestaltung. In den Regierungsräumen saßen nur die früheren Vertreter der Regierung, der Minister Scheer und Graefen usw., während die neuen Mitglieder (Ong, Heitmann, Tonkin usw.) ihren Abgeordnetenplatz einnahmen. Nach Vorlage 17 soll dem Gesetz vom 10. Januar 1918, betr. laufende Kriegserungsklausen, nebst Änderungsgegesetzen darum vom 16. April 1918 weiter für das Rechnungsjahr 1919 Gültigkeit gegeben werden. Es sind im Entwurf die Fälle des jetzt geltenden „selektiven Heidehalten, mit der einzigen Ausnahme, daß für alleinstehende Bewohner und Arbeiter die jährliche Ausgabe um 12 M. von 420 auf 540 M. erhöht ist. Der Gesamtaufwand beträgt für das Jahr annähernd 9000000 M. einschließlich der 800000 Mark für Erhöhung der Ledigenklausen. Bis auf diesen Mehraufwand von 800000 M. sind die erforderlichen Beträge in die Voranträder eingestellt. Auch diese Vorlage wird nach einem Antrittsunternehmen des Richterstatters Schmidt-Reich angenommen. Die einmaligen Kreisazukaufsummen erfordern 5 Millionen Mark und die Kriegsklausen nicht weniger als 9 Millionen Mark. Das Kapital insgesamt 14 Millionen Mark, während unter sozialem Einkommensteuer nur 6 Millionen Mark erbringt. Durch einen weiteren Gesetzentwurf sollen die Einkommensteuer der höheren und denjenigen Beamten, die eine unter Artikel 8 § 2 des Kriegstaatsvertrages fallende Stelle bekleiden, statt bisher 9 Mark mit Wirkung vom 1. September 1918 an auf 12 M. erhöht werden, wenn die Dienstreise mindestens 9 Stunden dauert hat. Derselben sollen unter dieser Voranstellung die Diensttagsdiäten, die jetzt nur 8 M. betragen, auf 9 M. bemessen werden. Diese Vorlage wird angenommen.

Damit ist die Einkommensordnung eröffnet. Abg. Müller-Prake bringt aber einen Ertragsteuertarif ein, wonach er das Landesdirektorium ersucht, mit aller Einlichkeit dahin zu treten, daß die Wahl zu einer allgemeinen verschließenden Nationalversammlung in fürzester Zeit zu Ende kommt, damit wir wieder zu einem gesetzlichen Zustand kommen. Die baldige Wahl sei auch deshalb dringend zu wünschen, damit beim Friedensschluß eine gelegachte Körperschaft expliziert. Abg. Leitmann bittet um eine Verteilung an den Landtag darüber, was das Landesdirektorium getan habe, um der aus der Demobilisierung und der Umschaltung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sich ergebenden Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit wirksam entgegenzutreten.

Minister Scheer erwidert, in nächster Woche würden 8000 Kriegsgefangene aus dem Lande ihrer Heimat zugeführt. Diese

Summe wird voll ausgefüllt durch Tausende und Abertausende von Vermagenden. Um sie zu berichtigten, ist eine Reihe von Rentenabschüssen in Aussicht genommen, sowohl von den einzelnen Kommunalverwaltungen als auch vom Staat.

mein, in der gesagt wird, daß man sich mit den Neuerungen der Soldaten-Vertreter in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates nicht einverstanden erkläre. Sie fordere daher die baldige Einberufung einer Nationalversammlung, die leicht imstande sei, auf den zur Entlassung kommenden Soldaten ihre politischen Rechte zu sichern. Gegen diese Entschließung traten von den anwesenden etwa hundert Vertretern neunzehn auf. Insbesondere stellten sich auch die Vertreter der Marine vorwiegend auf den Standpunkt der Entschließung.

Aus der Partei.

Die Groß-Berliner Parteivereine für rasche Einberufung der Nationalversammlung. Am Dienstag abend hielten die sozialdemokratischen Organisationen Groß-Berlins sehr stark besuchte Mitgliederversammlungen ab, an denen vielfach auch Unabhängige teilnahmen. Die Versammlungen sprachen sich meist einstimmig für soziale Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung und für Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien aus. Die unabhängigen Diskussionsredner hielten zwar ihre Vorwürfe gegen die alte Partei in vollem Umfang aufrecht, gaben aber zu, daß der Streit durch die Ergebnisse überholt sei, und stimmten der Forderung zu, daß die Parteivereine die Einigung sofort in die Wege leiten müssten.

Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien Schwedens. Insgesamt der weitgeschichtlichen Zeit, die wir durchleben, sind zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Linkspartei Schwedens Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen in der Verfassungsfrage eingeleitet worden. Bei diesen Verhandlungen wollen die Linksozialisten auch die Machtmittel ergriffen, die das Proletariat zur Verfügung hat, um seine Forderungen durchzusetzen. In einer Versammlung im Stockholmer Volkshause wurden Nieden von Vertretern beider Richtungen gehalten. Der Chefredakteur des Stockholmer „Sozialdemokraten“, Hansson, sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Linksozialisten sich unter dem Einfluß der russischen Erfahrungen von den bolschewistischen Methoden abgewandt haben. — Wann folgt Deutschland nach?

Neueste Nachrichten.

Der Angriff der Alliierten gegen das Sowjet-Rußland. Helsingfors, 23. November. Nach Meldungen, die ein hier anwelder Entente-Diplomat machte, hat der Kongress-Angriff der Alliierten gegen Sowjet-Rußland nunmehr begonnen. Die Sowjet-Armee, bestehend aus Engländern, Italienern, Franzosen und Serben, 710000 Mann umfassend, hat sich nach Nordosten in Russland gesetzt. Rumänische Truppen werden sich anschließen. Die Vortruppen haben Bessarabien, einzelne Abteilungen Odessa erreicht. Andere Truppen gehen in Galiziens auf Kiew. General Verhelle, der das Unternehmen organisiert soll, ist in Rumänien angekommen. Im Zusammenhang mit einer Allianz der Weißen Garde von Potsdam und der Engländer von Murman kommt möglicherweise auch ein Angriff von dem nördlichen Ufer des Finnischen Busens in Betracht. Gerüchteweise verlautet aus Reval, daß leichte englische Seestreitkräfte am Montag Reval in östlicher Richtung passiert hätten.

(Deutsche Allgem. Zeit.)

Briefkassen.

Zu die Verfasser von Eingesandten. Infolge des gewaltigen Stossandrangs und der sich von Tag zu Tag steigernden Papierknappheit sind wir leider nicht in der Lage, alle Eingesandten veröffentlichten zu können. Wir werden deshalb in der Folgezeit nur denjenigen Einladungen Raum gewähren können, die in ganz besonderem Maße von öffentlichem Interesse sind.

A. L. Spartacus war der Führer im römischen Sklaven- oder Gladiatorenkrieg (73–71 v. Chr.). Er, der erst selbst ein freier Mann war, wurde römischer Sklave und entfloß aus den Gladiatorenkäfigen in Capua. Mit einer riesigen Sklavenschlacht verhinderte er den Präsidenten Varinius. Später eroberte er weitere große Siege mit dem von ihm geführten Sklaven. 71 unterwarf er dem Angriff von Licinius Crassus und fiel. Mit ihm 60000 Sklaven. Im Kampf der Sklaven gegen ihre Unterdrücker war somit Spartacus Führer.

Friedhofsarbeiter. Die einmalige Teuerungszulage wird an die katholischen und staatlichen Arbeiter gewährt, die zur Zeit ihrer Bewilligung mindestens 6 Monate dort beschäftigt sind.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Kritik: Paul Löwengut, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Achtung!

Ach! alle Genossen, die vom Militär entlassen oder zur Arbeit beurlaubt sind, die auswärts gewobelt haben und in Lübeck wieder in Arbeit treten, eilen mit das dringende Erfüllen, sich im Postamtsekretariat, Johannisstraße 50, umgehend zu melden, damit die Belastungserhebung sofort geregt werden kann.

Der Verstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck.

Bruderschaften jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden laubert und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblattes“ Johanna.



**Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.**

Als weiteres, hoffentlich letztes, Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse **Johannes Seidenfadt**.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
5942 **Der Vorstand.**

Am 18. Novbr. entstieß sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater u. Großvater, der Landsturmmann

Friedr. Jahncke,
im 49. Lebensjahr. (5918)
Durch betrauert von seiner

Mutter und Kindern
nobst allen Angehörigen.
Lübeck, d. 22. Nov. 1918.
Die Beerdigung findet am Montag, d. 26. November, vormitt. 10 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Durch Unglück soll wurde mir am 19. d. M. morgens 6 Uhr mein kleiner, lieber Sohn

Heini
im Alter von 4½ Jahren durch den Tod entrissen. Er folgte seinem lieben Vater nach 9 Monaten in die Ewigkeit. Dies betrauert von seiner Mutter, Geschwistern und allen Angehörigen.

Anna Peters
geb. Schatz.
Lübeck, Breitestr. 9.
Beerdigung Dienstag d. 28. Nov., morgens 10 Uhr vom Vorwerker Friedhof. 5952

Geucht

Montfonce für Zentralbeizungen oder Beizungsmontfonce.

Zu melden bei (5950)

Wolfgang Harms, Breite Straße 24.
Bett. der Fa. C. Feuring, Hamburg.

Verein der Bestattungs-Uebernehmer zu Lübeck.

Die dem Verein angegeschlossenen Mitglieder empfehlen sich zur (5920)

Uebernahme von Groß- und Feuerbestattungen sowie

Überführungen von und nach auswärts.

C. Weiss, Schwartauer Allee 193, Fermt. 967.

F. Barby, Hütstr. 117, Fermt. 816.

G. Behnck, Warendorffstr. 4, Fermt. 2186.

A. Brodersen, Aegidienstr. 7, Fermt. 1090.

W. Festerling, Hansastr. 57, Fermt. 1508.

H. Grimm, Wiedestr. 49, Fermt. 1424.

Gebr. Müter, Mühlenstr. 13, Fermt. 427.

C. Thiessen & Sohn, Wohlstr. 79,

Fermt. 1143.

Holstenhaus

Vorteilhafte Herren- und Knabenkleidung

Herren-Anzüge

ein- und zweireihige Formen, in guter Verarbeitung

250 Mk. 225 Mk. 195

350 Mk. 275 Mk. 195

Herren-Ulster

aus Flansch- und Diagonal-Stoffen, mit Sargefutter und Stoßbesatz

195 Mk. 154 Mk. 135

295 Mk. 250 Mk. 135

Herren-Joppen

aus Flansch und imprägnier. Lodenstoffen, mit und ohne Falten

88 Mk. 75 Mk. 69

95 Mk. 89 Mk. 69

Die Handtasche

als geschmackvolles

Weihnachts-Geschenk

wird jeder Dame stets willkommen sein!



Meine Spezial-Abteilung
bietet eine unerschöpfliche
Auswahl in allen Formen
und Lebarten!

Verkauf und Ausstellung
im Erdgeschoß u. 3. Stock

RUDOLPH KARSTADT

LÜBECK

zu verf. 1 Kohlen-Plätzchen.
2 Eichlampen. (5919)

Borbeckstr. 18 a v.

Eine gut erhaltene große Puppe
gesucht. Angebote unter Nr. 47
an d. Erbd. 5953

Einfach. Bett Oberbett. Unterbett.
Wühl und Rissen, möglichst mit Bezug und Laken, zu
taufen gesucht.

Angebote in Kreis unt. S 23
an d. Erbd. d. Bl. erb. 5954

Reissstärke
tauft zu hohen Preisen.
5943 Biederstraße 8.

Frauenhaar
Pfund 6-8 Mark. (5904)

Haarspäne der
Reiche-Robroß-Abteilung.
Lichtenstein, Kyr. Gr. Burgstr. 11.

Ein Tretting verloren.
Gegen Belohnung abzugeben.
905 Kronsforder Allee 128 pt.

Zur Entgegennahme von Anträgen für Feuer-, Einbruch-, Diebstahl-, Vieh- und Haftpflicht-Versicherungen bei mäßiger Prämie empiehlt sich
Die General-Agentur **H. Fr. Risemann**,
Johannisstr. 1, 1. Etg. Fernspr. 1364. (5921)

Wiedereröffnung.

Beehre mich mitzuteilen, daß ich nach 4jährigem
Dienste fürs Vaterland meine

(5947)

Bau- und Möbeltischlerei

jetzt wieder aufgenommen habe und bitte meine verehrte Kundschat, bei vorkommend. Arbeiten hier von Kenntnis zu nehmen

Wlh. Stetenbühr, Tischlerstr., Dornestr. 20 a.

Knaben-Ulster

aus Flansch und Diagonalkleidung für das
Alter von 9 bis 14 Jahren

95 Mk. 86 Mk. 78

Mk. 137 Mk. 110 Mk. 78

und Kieler Paletots, für das Alter von

45 Mk. 38 Mk. 29

3 bis 6 Jahren

67 Mk. 54 Mk. 29

Knaben-Anzüge

in kleidsamen Formen, aus kräftigen
Stoffen

95 Mk. 78 Mk. 65

Mk. 134 Mk. 125 Mk. 65

Telephonisch

Kennen Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringend. Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können eventl. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigten.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Herzlicher Sonntagdienst
am Sonntag, 24. Nov. 5918
Dr. Lorenz, Breite Str. 11.
Dr. Stoffer, Kronsförde. Allee 18.
Dr. Schnoor, Schwartz. Allee 47.

Aus dem Felde
zurück. Habe meine Tätigkeit
wieder aufgenommen. (5963)
Adolf Hübner, Uhrmacher,
Fürthausen 13.

Meine Werkstätten für
Malerei und Möbel-
lackiererei befindet sich jetzt
5949) **Wohlstr. 62**,
Wohnung: Huxstraße 34,
Friedel Folkers.

Hierdurch meinen werten Kunden zur Kenntnis, daß ich mit
dem heutigen Tage das (5902)
Barbier-Geschäft
meines verstorbenen Mannes
wieder eröffne. (5963)
M. Möller Wwe.
Hüxstraße 34.

Drucksachen aller Art
 fertigt an
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Meggendorfer Blätter
sind das schönste farbige
Witzblatt für die Familie
Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 3.50, bei
direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag
Mk. 3.75, durch ein Postamt Mk. 3.60.
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden.
Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probe-
band, der 5 Nummern enthält und bei jeder
Buchhandlung nur 60 Pfennig kostet. Gegen
weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom
Verlag, München, Perusastraße 5 zu beziehen.

Die Demobilisierung.

Das Kriegsministerium erklärt eine bereits kurz erwähnte Verordnung über die Entlassung, die wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

Entlassungen beim Heimatherr.

1. Sämtliche Heeresangehörige sind darüber auszuklären, daß eine Entlassung auf einmal und durchführbar und daß insbesondere im Interesse des Eisenbahnverkehrs eine Staffelung nötig ist, ferner daß die Entlassungen nur allmählich durchgeführt werden können.

2. Sicherheitsdienst, Ordnung, Gefangenenebewachung und Grenzsicherung müssen aufrecht erhalten bleiben, ebenso müssen Durchführung und Abwicklung der Demobilisierungsgeschäfte gewährleistet sein.

3. Über die für diese Zwecke nötigen Zurückhaltungen von Angehörigen des Beurlaubtenstandes entscheiden unter eigener Verantwortung die für die einzelnen Dienststellen maßgebenden vollziehenden Kommandogewalten.

Freiwilliges Verbleiben im Heer kann vorläufig nach Maßgabe der örtlichen militärischen Bedürfnisse gestattet werden.

4. Inaktive Offiziere und Offiziere des Beurlaubtenstandes im mehrfältigen Alter sind nach gleichen Grundsätzen zu entlassen, ältere unter Berücksichtigung ihres eigenen Wunsches.

5. Es dürfen zunächst, soweit es die Durchführung der Aufgaben unter Ziffer 2 gestattet, entlassen werden:

bis zum 25. November 1918 die 1876 und früher Geborenen,

bis zum 30. November 1918 die 1877 bis 1879 Geborenen.

Ist die Entlassung aus dienstlichen Gründen ((siehe Ziffer 2)) zu den genannten Zeiten nicht möglich, so muß für jenseitige Entlassung durch jüngere Mannschaften gesorgt werden. Begeht der Entlassung oder Zurückbehaltung der später Geborenen folgt weitere Bestimmung.

Die aus wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen beurlaubten Militärpersonen des Jahrgangs 1900 sind alsbald von der nächstgelegenen militärischen Dienststelle zu entlassen (Verfahren siehe Ziffer 10).

6. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die aus Elsass-Lothringen stammen, sind, soweit sie nicht freiwillig im Heer verbleiben, entsprechend den Transportverhältnissen tatsächlich sofort in ihre Heimat zu entlassen.

7. Von den inaktiven Offizieren, Offizieren des Beurlaubtenstandes, den Unteroffizieren und Mannschaften, die in das von uns zu räumende Gebiet beiderseits des Rheins ausfachlich Elsass-Lothringen als ihren Wohnsitz zu entlassen sind, werden alle bis auf die Jahrgänge 98 und 99 sofort entlassen.

8. Sämtliche bei militärischen Dienststellen Ablöschendeten, die nach Ziffer 5 zu entlassen sind, werden von diesen Dienststellen zur Entlassung gebracht — gleichgültig ob diese Dienststellen ihre zuständigen Truppenteile sind oder nicht.

9. Sodem am 9. November 1918 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffizier und Mann soll verabfolgt werden:

1. unentbehrlich ein Entlassungsantrag, soweit Vorrat, 2. sonst Uniform, die jeder bereits in Händen hat;

2. ein einmaliges Entlassungsgeld von 50 M.;

3. als Marschgehalt — soweit Marschgebührenfeste zu stehen — vom Truppenteil ein Bauchbetrag von 15 M.

Die Verabfolgung des Entlassungsgeldes wird abhängig gemacht von einer ordnungsmäßigen Entlassung. Dazu gehört:

a) Übergabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition;

b) Empfangnahme der Entlassungspapiere;

c) Anmerkung der Stammliste.

Bei der Anerkennung der Stammliste hat der zu Entlassende den Empfang dieser Gebühren durch Unterschrift zu bestätigen.

10. In gleicher Weise (wie Ziffer 9) sind die zu kriegswirtschaftlichen Zwecken beurlaubten und kommandierten Mannschaften der genannten Jahrgänge von den ihnen am nächsten erreichbaren militärischen Dienststellen zu entlassen.

Göhre,
Unterstaatssekretär.

Scheuch,
Kriegsminister.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

58 Fortsetzung.

Sie starnte ihm grausam mitten in das zerwühlte Gesicht. „Siehst du es, daß du feig bist?“

„Ob ich feig bin,“ sagte er mit einem sonderbaren Nicken in der Stimme, „weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß ich es nicht tun werde. Das weiß ich.“

„Aber du weißt eines nicht,“ sagte sie und zog die Worte lang und wollüstig hin, „ob du es auch wirst verhindern können.“

„Wie?“ fragte er mir wütend.

Sie fuhr verzückt mit der Hand durch die Luft. „Du rechnest mit einem, mit ihm. Du denkst, daß er dich rettet, wenn —“

„Aber gehst du den Fall, daß ich nicht will? Muß ich dann wollen?“

Er zuckte in ihrem Gesicht. Er lachte lang. Allein er stand nicht, was er sucht. Kein Zug des Mitleids war darin. „Du bist . . . bist entmenscht,“ sagte er heiser.

„Ich bin, wie ich bin,“ rief sie aus, „und du bist, wie du bist! Jetzt habe ich dich in meiner Gewalt. Ich verfüge über dich.“

„Was willst du tun?“ fragte er atemlos.

Sie zögerte und kostete jede Phase jeder einzelnen Sekunde aus. Dann jagte sie und herabzog genau den Ton und Klang ihrer Worte: „Hm vielleicht folgen, wenn —“

„Ja?“

Sie lachte heiser und häßlich. — wenn er dich doch ins Gefängnis bringt, — ja, nur dann!“

Er kniete in den Knie zusammen. „Das könne ich tun?“ stammelte er.

„Das werde ich tun, — ja!“

„Das könne ich . . . wirklich tun —?“

Sie lächelte heiser und häßlich. „Ja!“

„Warum? Warum?“

„Weil ich es will, deshalb.“

Sein Gesicht verzerrte sich zu einer Fratze. „Was habe ich dir getan? Ist es so viel, was ich dir geben habe?“

„Denke darüber nach, wenn du im Gefängnis sitzt, — ja, denke dann über alles nach!“

„Du tötest mich, — du treibst mich in den Tod!“

„Nein, dazu bist du zu feig . . . Und wenn!“ Sie lachte.

„Es ist schon so mancher gestorben, tröste dich, — auch deinetwegen.“

Er erschauerte und fühlte zugleich, daß sie recht hatte. Gute Zeit fiel ihm ein. Und nicht nur Gutezeit; auch alle die anderen — were zähne si!

Aus einem

Merkblatt
über Entlassungen unmittelbar vom Truppenteil
heben wir hervor:

Allgemeines.

1. Die plamärtigen Entlassungen werden beim zuständigen Truppenteil durchgeführt. Zur Vermeidung aller größeren Umwege finden aber daneben zahlreiche berufsmäßige Entlassungen (gemäß Ziffer 3) statt.

2. Abgelenkte und Verstrengte, die weder ihren Truppenteil noch ihren Truppenteil erreichen können, sind von der nächsten militärischen Dienststelle ohne Gehührnis unter Ausstellung eines Urlaubsschreibens in ihre Heimat zu beurlauben, wo sie weitere Verordnungen durch öffentliche Aufsicht abwarten.

3. Einzelne, die aus verkehrstechnischen Gründen — um große Umwege zu sparen — vom Markt zu ihrem Truppenteil unmittelbar in ihre Heimat zu entlassen.

4. Von jeder Entlassung sind von vornherein ausgenommen die Geburtsjahrgänge 1893 und 1899 sowie vorläufig 1897 und 1896, welche letzteren beiden Jahrgänge erst auf besonderen Befehl entlassen werden. Elsass-Lothringer werden sämtlich entlassen, soweit sie nicht freiwillig bleiben wollen.

Gesundheitliche Maßnahmen.

1. Vor der Abbeförderung sind die Militärpersonen aller Dienstgrade auf übertragbare Krankheiten einzeln einschließlich Geschlechtskrankheiten zu untersuchen.

2. a) Eine Abbeförderung darf unter keinen Umständen stattfinden, wenn eine gemeinschaftliche Krankheit (Ausatz, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Pocken) oder ein entsprechender Krankheits- oder Ansteckungsverdacht vorliegt und eine Absonderung auf Grund des Reichsseuchengesetzes angeordnet oder angeordnet ist. Daselbe gilt beim Vorliegen einer übertragbaren Krankheit, für die nach den Landesseuchengesetzen eine Absonderung vorgesehen ist.

b) Personen mit sonstigen ansteckenden Krankheiten, ansteckende Geschlechtskrankheiten, Ansteckungs- und Krankheitsverdächtige sowie Keinträger dürfen, wenn die Befreiung aus a) nicht vorliegen, von der Abbeförderung gegen ihren Willen nicht ausgeschlossen werden; sie sind auf die Gefahr der Weiterverbreitung der Krankheit, insbesondere die Gefährdung ihrer Familienangehörigen, entwöhnt, an einsamer Wohnung zu machen und auf die Notwendigkeit einer ärztlichen Behandlung hinzuweisen. Mit ihrem Einverständnis können sie einer Sanitätsanstalt des Feldheeres zur Befandlung überwiesen werden.

c) Eine Abbeförderung muß ferner unterbleiben, wenn sie wegen die Schwere der Art der vorliegenden Krankheitserkrankungen für die betreffende Person mit gesundheitlichen Gefahren verbunden ist, es sei denn, daß der Kranke trotz Hinweises auf diese Gefahren ausdrücklich darauf besteht, und seinem Zustande angemessene Transportmöglichkeiten vorhanden sind.

Versorgungsansprüche.

Etwasige Pensions- bzw. Versorgungsansprüche sind nach der Entlassung bei dem für den Wohnort zuständigem Bezirkskommando anzumelden.

Die Gewerkschaften und unentbehrlich für Überführung der Kriegs zur Friedenswirtschaft.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet:

Der Waffenstillstand ist abgeschlossen und mit der Rückführung der Truppen haben die Entlassungen bereits begonnen. Die Demobilisierung stellt das deutsche Volk vor eine gewaltige Aufgabe. Es gilt, für Millionen Unterkommen und Lebensmittel sowie Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.

Dazu bedarf es der umfassendsten organisatorischen Voraarbeiten. Der gewerbliche Betriebsmechanismus muß von der Kriegs- auf die Friedensarbeit umgestellt werden. Das Transportwesen, die Arbeitsvermittlung, die Fürsorge für Erwerbstlose, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene müssen rasch vervollkommen werden, so daß sie allen Ansprüchen genügen. Die Arbeitsbeschaffung, die Wohnungsfürsorge für die heimkehrenden Krieger und deren Familien erfordern beschleunigte Lösung.

Nein, es gab kein Vergehen. Aber gab es nicht ein Entinnen? Wo war die Masche, durch die er hindurchschlüpfen konnte, durch das Netz, das man ihm übergeworfen hatte?

Er suchte hastig, sah angstvoll nach allen Richtungen, drehte und wendete sich — aber er fand keine, keine einzige, verstrickte sich nur noch mehr.

Da fiel er vor ihr auf die Knie. „Rette mich,“ flehte er, „Lucie, rette mich!“

Sie betrachtete ihn ruhig, und doch flößte ihr Atem. „Du bestehst darauf?“ fragte sie gespannt.

Er wagte wieder zu hoffen. Seine Worte überstürzten sich. Er umschlang ihre Arme. „Rette mich,“ lallte er, „ich bitte dich, Lucie — rette mich! . . . Nur dieses eine Mal noch! Nur dieses eine Mal!“

Sie wandte sich von ihm weg, stieß mit den Füßen nach ihm. „Geh, geh!“

„Wirst du mir helfen?“

„Ja,“ sagte sie noch härter, als zuvor, „ich will dir helfen, unter Bedingungen helfen . . .“

„Was verlangst du?“ klammerte er sich an sie.

„Männerlei. Vor allem das eine: Du gehst von hier fort und läßt dich nie mehr blicken . . . Nie mehr! . . . Hast du mich begrüßt?“

„Ja, ja . . .“

„Dann zweitens: Du willst in die Scheidung mit mir, — unter einem Vorwand, den wir nicht zu suchen brauchen und der keiner ist.“

„Ja, ja . . .“

„Dann drittens: Du verpflichtest dich, nie mehr nach dem Kind zu fragen, weder schriftlich, noch mündlich, weder persönlich, noch durch Dritte . . .“

„Aber . . .“ wimmerte er hilflos.

„Willst du? Ja oder nein?“

„Ja will.“

„Du verzichtest auch darauf, es noch einmal zu sehen, — das ist Bedingung!“

„Ja, ja . . .“ sagte er matt.

„Gut,“ schloß sie blau, „und damit verläßt du mich! Geh! Und behellige mich nie wieder!“

Er stand mühsam auf und sah sie mit einem halben Blick fragend an.

„Du bleibst noch solange auf deinem Zimmer als es unbedingt nötig ist,“ befahl sie ihm. „Dann versägt du das Haus und kommt nie mehr wieder!“

Er griff nach ihrer Hand, aber sie entzog sie ihm zornig.

„Geh!“ herrschte sie ihn an.

„Gehe.“

Die deutschen Gewerkschaften haben sich der Volksrepräsentation für die Demobilisierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Ihre weitverzweigte Organisation, ihre im Wirtschafts- und öffentlichen Leben geschulten Vertretungen können vieles zur raschen Überführung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft beitragen, sofern ihnen jetzt ohne Verzug die benötigten Kräfte vom Heeradienst freigegeben werden. Die Gewerkschaften brauchen diese Kräfte dringend, und sie erwarten von der Einsicht aller Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine, daß der losartigen Entlassung der hier unentbehrlichen Organisatoren in die Heimat keine Schwierigkeiten bereitet werden. Es braucht keiner zu befürchten, daß er zu spät zur Entlassung kommen könnte. Die deutschen Arbeitgeberverbände haben sich den Gewerkschaften gegenüber vertraglich verpflichtet, jeden Arbeiter und Angestellten wieder an seinem vor dem Kriege inniger gehabten Platz zu beschäftigen!

Meldet euch daher sofort nach der Rückkehr in eure Heimatorte bei den Gewerkschaften an, die für euch stehten!

Die Gewerkschaften appellieren ferner an euch, dafür zu sorgen, daß die militärische Demobilisierung sich in Ruhe und Ordnung vollzieht. Wartet eine ordnungsmäßige Entlassung ab. Eure Stelle wird freigegeben. Jede Auflösung der Disziplin, jede Durchbrechung der geordneten Rückführung gefährdet das Werk der Heimat, das euch Wohnung und Brot und Arbeit sichern soll.

Beweist jetzt, daß ihr auch im Soldatenrock Bürger eines freien Volksstaates seid! Sorgt für Ordnung!

Im Auftrage der sämtlichen gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände:

(Unterschriften.)

Spareinlagen und Zahlungsmittel.

Die veränderte politische Lage hat bei einem Teile der Bevölkerung die Befürchtung auslösen lassen daß ihre Guthaben, die sie bei Sparkassen, Banken usw. hinterlegt haben, nicht mehr sicher sind. Es wird befürchtet, daß die Regierung diese Guthaben beklagbar machen könnte. Daß diese Befürchtung ganz unbegründet ist, braucht nicht erst besonders widerlegt zu werden.

Die Furcht vor dieser Teilnahme führt nun einen Teil der Bevölkerung dazu, plötzlich große Abhebungen bei Banken und Sparkassen zu machen. Die Wirkung ist, daß Banken und Sparkassen auch entsprechend große Mengen Zahlungsmittel zur Hand haben müssen. Da sich an einzelnen Stellen ein Mangel an Zahlungsmitteln gezeigt hat, wird nun wieder der Schluß gezogen: „Wenn ich auf alle Fälle Geld zur Verfügung haben will, muß ich das Geld im Hause haben und darf es nicht bei einer Sparkasse einzahlen.“ Die Gehalts- und Lohnempfänger sind wiederum der Meinung, vorsichtig sein zu müssen, und zahlen vorübergehend überschüssige Beträge auch nicht bei Banken und Sparkassen ein, sondern sie behalten die Zahl

hätten müssen, daß er wissen möchte, daß mit diesen Spareinlagen andere verfahren werden müßt. Es müßte jeder wissen, daß die Spareinlagen im wirtschaftlichen Leben nützlich gemacht werden müssen, um Zinsen zu verdienen. Die Anleger bei Sparkassen und Banken müssen aber auch weiter wissen, daß es praktisch ganz unmöglich ist, allen Einlegern mit einem Male ihre Guthaben in Gold auszuzahlen, weil es nur eine verschwindend geringe Summe in Zahlungsmitteln gibt gegenüber dem Guthaben.

Das Vermögen des deutschen Volkes wurde vor dem Kriege auf 400 Milliarden Mark geschätzt. An diesem Nationalvermögen hat jeder, der ein Spar- oder Bankbuch besitzt, einen Anteil in der Größe des in seinem Buche verzeichneten Betrages. Diese Anteile sind zu den verschiedensten wirtschaftlichen Zwecken verwandt, z. B. zum Bau von Wohnhäusern, Betrieb von Fabriken usw. Die Bank oder Sparkasse faßt die Summen der Einleger zusammen und macht diese Beträge in Form von Hypotheken, Erwerb von Aktien oder in anderer Form dem wirtschaftlichen Zweck dienstbar.

Bei Kriegsbeginn waren etwa 16 Milliarden Mark bei den deutschen Sparkassen eingezahlt. Während des Krieges wird die Summe schätzungsweise auf 30–35 Milliarden Mark gestiegen sein. Die Zahlungsmittel oder das Geld, wie es gewöhnlich genannt wird, sind aber nicht annähernd in diesem Umfang vorhanden. Als der Krieg begann, standen nur etwa 5 Milliarden Mark Zahlungsmittel zur Verfügung. Die Menge der Zahlungsmittel ist während des Krieges ganz bedeutend vermehrt worden. Sie erreicht aber nicht annähernd die Summe der Spareinlagen, von Bankinlagen ganz zu schweigen.

Es müßte nun doch jeder Mensch einsehen, daß es praktisch unmöglich ist, allen Leuten ihre Spareinlagen mit einem Male in Gold auszuzahlen. Die klugen und angestellten Leute, welche der Meinung sind, sie müßten ihre geringen oder großen Ersparnisse dadurch in Sicherheit bringen, daß sie nach der Bank oder Sparkasse hingehen und dort ihr Guthaben abfordern, handeln in ihrem eigenen Interesse außerordentlich dummkopfisch. Als der Krieg begann, standen nur etwa 5 Milliarden Mark Zahlungsmittel zur Verfügung. Die Menge der Zahlungsmittel ist während des Krieges ganz bedeutend vermehrt worden. Sie erreicht aber nicht annähernd die Summe der Spareinlagen, von Bankinlagen ganz zu schweigen.

Jeder, der heute sicher sein will, daß seine geringen oder großen Ersparnisse ihn sicher sind, sollte sie nicht in schlechtem Papiergele in seiner Wohnung aufbewahren, sondern sie im eigenen Interesse bei den Geldinstituten einzubauen.

Diese Ausführungen sollen nicht etwa den Zweck haben, irgend etwas an unserer wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Lage zu befürchten, sondern in erster Linie die Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß das Verfahren, wie es jetzt zum Teil besteht, ihre eigenen Interessen außerordentlich schädigen muß, wenn es länger fortgesetzt wird.

Jedem einzelnen werden bei der Bank oder bei der Sparkasse immer die Beträge zur Verfügung stehen und ausgezahlt werden, wenn es aus besonderen Anlaß vorübergehend Gedenkt hat.

Es sind zur gleichen Zeit auch wieder auf der anderen Seite eine Anzahl Personen, die Entzahlungen machen, weil sie Beträge überflüssig haben. Es ist aber ausgeschlossen, daß Millionen zu gleicher Zeit ihre Spar- und Bankguthaben zurückziehen können und dabei verstehen, daß ihnen diese in Gold ausgezahlt werden, weil diese Zahlungsmittel eben nicht vorhanden sind. Der denkende Arbeiter sollte soviel Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse und in den Zusammenhang der Dinge haben, daß er solche Dummheiten nicht mitmacht.

Die Zustände in Berlin

Und nach allen vorliegenden Meldungen gerade keine guten. Dort arbeitet die Spartacus-Gruppe mit allen Mitteln gegen die neue Regierung und für die Einführung russischer Zustände in Deutschland. In einer Spartacus-Verkündigung wurde die Abrechnung von Sichhart als Polizeipräsidium und von Weis als Stadtkommandanten gefordert.

Leider ist es in Berlin auch zu Blutvergießen gekommen. B. L. B. meldet darüber: Zu einer Schieberei, bei der drei Personen ihren Tod haben und mehrere verletzt wurden, kam es in der vergangenen Nacht am Polizeipräsidium. Kurz nach 12 Uhr erschien ein Trupp verbogener Menschen, um die politischen Gefangenen zu entziehen, die angeblich im Polizeipräsidium festgehalten wurden. Trotz der Erklärung, daß sich im Polizeigewahrsam keine politischen Gefangenen befinden, beruhigten sich die irregriffteten Menschen nicht, sondern erzwangen sich den Eintritt mit Gewalt. Hierbei kam es zu einem Feuergefecht, bei dem sogar Maschinen gewehre in Tätigkeit traten. Es gelang ihnen schließlich, in das Amtsgebäude einzudringen. Wegen ihres hier der Kommissar vom Dienst wiederum erkannte, daß politische Gefangene gar nicht vorhanden seien, sprangen andere das Polizeigewahrsam gewaltsam und verhältnismäßig Verhafteten zur Flucht. Bei dieser Schieberei wurde ein Soldat, der an dem Überfall nicht beteiligt war, durch Querjäger tödlich getroffen, ebenso ein Mann und eine Frau, deren Leiden der Trupp mitnahm. Die Leiche des Soldaten wurde im Polizeipräsidium aufgefunden. Weitere andere Personen, die verurteilt worden sind, ließen sich auf der Uraufführung in der Landsbergerstraße verbinden und begaben sich dann wieder nach ihren Wohnungen. In der Schieberei vor dem Polizeipräsidium erzählte das B. L. B. noch folgendes: Donnerstagabend stand in der Müllerstraße eine stark bewachte Verkündigung statt, in der Karl Liebknecht über die Aktionen der Revolution sprach und sich u. a. gegen die Erzählerung der Nationalversammlung wandte und für die Übernahme der gesamten öffentlichen Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte eintrat. Nach dem Vortrag erzählte ein Soldat, es seien noch mehrere Kameraden, die mit ihm das Schiff hätten fahren helfen, später ebenso wie er verhaftet worden, die nach im Polizeipräsidium in Haft befinden. Ein anderer Zeitschreiber der Verkündigung forderte sie auf, nach dem Alexanderplatz zu ziehen und diese politischen Gefangenen zu befreien. Der Aufruf folgten mehrere Hundert Personen. Während die Aktionen im Polizeipräsidium mit dem direktorschen Beamten verhandelt, gab ein junger Mann einen Pfeilschuss ab, wodurch ein Soldat der Sicherheitswache getötet wurde. Daraufhin ergriff die Polizei ein heftiges Geweine und die Menge ergoss die Stadt. Der ganze Bereich ist um so bedeutsamer, als nicht nur ein Platz der Sicherheitswache sein Leben eisabgab. Es kann auch bemerkenswert werden können, wenn man zunächst beim Polizeipräsidium die verdeckte Kavallerie gehabt hätte,

Der Ernst der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben
für den

Österreicher Soldaten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbet Abonnenten und Mitglieder!

politische Gefangene sich im Polizei-Gefängnis befänden. Das war nicht der Fall. Es wurden im Gegenteil nur solche Gefangene gewollt, die wegen Diebstahl und Lebensmittelbeschaffungen eingeliefert waren. Die Freilassung solcher Leute aber dient nicht dazu, die Sicherheit in Berlin zu erhöhen.

Die Ernährungslage.

Trübe Aussichten.

In einer Soldatenversammlung in Berlin erklärte Volksdeutschtrat Barth in bezug auf die Ernährungsfrage folgendes:

Die Wirtschaft des gefürchteten Systems habe uns an den Bankrott gebracht. Nach Angaben des Kriegsernährungsamtes haben wir nach zwei Monaten kein Fett, nach drei Monaten kein Mehl und nach fünf Monaten keine Kartoffeln mehr. Wenn uns durch die Vorgänge in Polen die Zufuhr aus den Ostprovinzen abgeschnitten wird, werde die Lage noch schwieriger werden. Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, dann würde Deutschland bis Neujahr völlig zusammengeschmolzen sein.

Für jeden vernünftigen Menschen ergibt sich hieraus, daß alles darangesetzt werden muß, damit wir bald zum Frieden kommen. Den Frieden aber können wir nach den Erklärungen der Ententevertreter, die leider nicht mit einer Handbeweisung abzutun sind, erst dann erhalten, wenn die Nationalversammlung das ankünftige Staatsgebilde Deutschlands festgelegt hat. Ohne Nationalversammlung keinen Frieden, ohne Frieden keine Lebensmittel. Das ist in nackten Worten die Lage, in der wir uns befinden.

Lebensmittelhilfe aus dem Norden?

Die Ummälzung in Deutschland und die harten Waffenstillstandsbedingungen haben in den skandinavischen Ländern die bürgerliche und die sozialistische Presse veranlaßt anzuregen, daß man das deutsche Volk so schnell wie möglich mit Lebensmitteln unterstützen solle. In Norwegen ist z. B. der Antrag gestellt worden, die dort für Rechnung Englands lagernenden grauen Heringsschlände freizugeben zu lassen, und sie sofort nach Deutschland zu senden. In Schweden werden Stimmen laut, daß man die Lebensmittel, die für Schweden bestimmt aus Amerika unterwegs sind oder jetzt geladen werden, nach Deutschland dirigieren sollte. Und in Dänemark ist von vielen Seiten angeregt worden, aus den eigenen Lebensmittelbeständen herzugeben, was nur irgendwie entbehrt werden könnte.

Die Forderungen des Siegers.

Der Budgetausschuss der Kammer verlangte laut "Tempo" auf den Bericht des Vorzügenden hin, daß Deutschland nicht nur in Geld die in Frankreich angerichteten Schäden wieder gutmachen müsse, sondern daß es auch die kostengünstigsten Werkzeuge und Maschinenanlagen herausgeben und Arbeitskräfte und Rohstoffe für die Wiederherstellung der zerstörten Anlagen in Frankreich zur Verfügung stellen müsse. Es sei daher mindestens vorausgesetzt, daß alle an den Friedenspräliminarien teilnehmenden Paritätäten die verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs beschützen, um den dort angerichteten Schaden selbst in Augen zu nehmen.

Unsere Kriegsgefangenen.

In weiten Kreisen werden Gerüchte verbreitet, nach denen deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte rütteln sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits bei Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückzugeben hat, seine eigenen aber nicht erhält. Alle diese und ähnlichen Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandevertrages gegenüber den ursprünglichen Vorstößen Frankreichs zugunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht:

1. Heimdeföderierung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weiter gehen.

2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge, Bekämpfung, Bekämpfung, Bekämpfung der Kriegsgefangenen, Sonntagstrafe usw. bleibt für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.

3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Friedensvertrags gezeigt.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission.

Aus der Partei.

Ein Glückwunsch an die deutschen Frauen. Die sozialdemokratischen Frauen Schwedens senden an das Frauenbüro des Parteivorstandes folgendes Glückwunsstelegramm: Den deutschen Frauen unsere innigsten Glückwünsche, daß in Deutschland die Revolution durchgeführt ist und daß Sie auch die Ordination aufrechterhalten könnten. Es lebe die Demokratie, der Sozialismus und das Frauenwahlrecht!

Die Zentralleitung der sozialdemokratischen Frauen Schwedens.

Anna Sperlich. Anna Lindhagen.

Ein Glückwunsch der dänischen Sozialdemokratie. Beim Parteivorstand ist dieses Schreiben der dänischen Sozialdemokratie eingegangen:

Copenhagen, 14. November 1918.

Herrn Fr. Ebert.

Lieber Herrscher!

Die sozialdemokratische Partei Dänemarks wünscht Glück zu den Fortschritten und Fortschritten, die zu Gunsten unserer deutschen Kameraden erreicht worden sind. Indem wir der innigen Hoffnung Ausdruck geben, daß die Organisationen der Arbeiter die notwendige Kraft zur Durchführung der vorliegenden bedeutenden Geschäftsaufgaben besitzen mögen, geben wir der Bevölkerung Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter die notwendige Kraft und Disziplin bewahren werden zur Ausübung der großen Mission, die jetzt der arbeitenden Klasse zugeschlagen ist.

Mit sozialistischem Gruß

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Dänemarks.

J. A. Alsing, Andersen, Sekretär.

Aus Nah und Fern.

Ein königliches "Durchhalten". In der Sitzung der Dresden Stadtvorsteherversammlung verlangten die Sozialdemokraten Auskunft darüber, in welcher Weise und in welchem Umfang der abgesetzte König von Sachsen mit Lebensmitteln beliefert worden sei. In der Begründung teilte ein Stadtverordneter mit, daß unter anderem an die Hofküche zum Privatgebrauch des Königs beliefert wurden: 36 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch wöchentlich; außerdem im Monat eine Extralieferung von 80 Pfund Fleisch. In der Zeit vom 1. bis 28. September seien 50 Pfund Mehl, ferner in 14 Wochen 250 Pfund Zucker und in jeder Periode etwa 1200 Eier geliefert worden. Die Hofküche hatte wöchentlich 10 Pfund Butter und 150 Eier erhalten. Beim Besuch des Kaisers Karl von Österreich seien angefordert worden: 40 Pfund Butter und 40 Pfund Fleisch. Prinzessin Mathilde habe 25 Pfund Fleisch wöchentlich erhalten, zuletzt sei aber diese Menge um fünf Pfund "gekürzt" worden, weil sie ein Schweinchen geschlachtet habe. Ferner wäre ihr 7½ Pfund Butter wöchentlich und 105 Pfund Zucker in jeder Periode zugeteilt worden. Von ihrem umfangreichen Hühnerhof habe sie nicht ein Ei abgeliefert. Der Kronprinz habe verhältnismäßig wenig erhalten. Dem Minister des Innern Graf Bismarck, der besonders zum strengen Durchhalten ermahnt hatte, seien eine Reihe Extralieferungen zu Repräsentationszwecken zugefügt worden. Das "Hotel Bellevue", in dem auch viele Angehörige des Hofes verkehren, habe monatlich 250 Pfund Mehl, 100 Pfund Fett, 150 Pfund Zucker, 6 Pack Süßstoff, 2500 Eier und 100 Pfund Nährmittel erhalten. Im Hofzug des Königs wurden übrigens 7 Kanonen Petroleum, 23 Zunderhüte, 2 Sack Käse, 730 Pfund Mehl, 376 Kerzen und 29 Schaf Eier beschlagnahmt.

So hielten königliche Herrschaften "durch"!

Reißung. In Schweden wird in politischen und Schiffahrtsfreien ernstlich die Möglichkeit erwogen, die in den letzten Jahren fertiggestellten Panzerfahrzeuge in Passagierschiffe umgebaut zu lassen, um sie hauptsächlich für die Route Schweden—England zu verwenden.

kleines Feuilleton.

Wo die Butter auf den Bäumen wächst.

Die Bewohner von Ostafrika haben es gut in diesen Zeiten des Buttermangels; denn dort wächst die Butter auf den Bäumen. Der Butterbaum, den die Neger Utoni nennen, trägt große, gefüllte Früchte, die fast einen halben Meter lang und einen vierten Meter dick sind. Eine einzige solche Frucht enthält ein halbes Kilo Butter. Ein anderer Butterbaum ist der sogenannte Butyrospermum in Guinen und Obarkapen. Er bringt eine Menge Butter hervor, die sogenannte Galan- oder Bamboo Butter. Sie ist grünlichweiß und wohlschmeidend und hat einen angenehmen Geruch. In Benguela gibt es einen Milchbaum. Wenn man in den Stamm einen Einschnitt macht, fließt ein weißer Saft heraus. Er hat einen angenehmen Geschmack und Geruch und wird genau wie bei uns die Milch verwendet. Der Baum heißt "Nüchlicher Milchbaum". Seine Milch enthält 35 Prozent Fett und 3 Prozent Zucker. Wenn man daraus trinkt, daß es in den Trauben außer diesen Bäumen auch noch einen Brotsaftbaum gibt, so kann einem das Wasser im Mund zusammenlaufen.

Türkische Sprichwörter.

Das Kornel steht seinem Buckel nicht.

Wer ins Wasser fällt, hat keine Angst mehr vor Regen.

Der Erstickende stammert sich selbst an den Scharm des Betts.

Der Tod ist ein schwarzes Kamel, das vor jeder Türe steht.

Besuchst du einen Blinden, so schließe deine Augen.

Heiteres.

Gemüsemart.

„Wo waren Sie denn solange, Frau Müller?“

„Ich habe nach Khabarber suchen müssen!“

„Hm, ich muß nach Khabarber immer laufen!“

(MIL)

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.

Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.

Samtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, interiere im

Lübecker Volksboten —

In Lübecks Bevölkerung!

In den allerlängsten Tagen treffen in Lübeck die heimlebenden Truppen ein. Sie sind der herzlichsten Begehrung der Bevölkerung sicher, eingedenkt der Taten, die unsere braven Feldgrauen für die Heimat vollbracht haben. Mit dem Gefühl des Dankes ist es allerdings allein nicht getan. Soll den heimlebenden Truppen ein würdiger Empfang zuteil werden, dann ist es notwendig, daß ihnen ein kleiner Imbiss und einige Zigaretten verabreicht werden können. Um das zu ermöglichen, wenden wir uns mit der herzlichsten Bitte an die Bevölkerung, uns durch Zuwendung von Lebensmitteln, Zigaretten und Zigaretten zu unterstützen.

Wohl wissen wir, daß an derartigen Gegenständen heute kein Überfluss vorhanden ist; dennoch hoffen wir, keine Fehlbitte getan zu haben. Auch Geldspenden für den gedachten Zweck werden dankend entgegengenommen.

Gaben werden im Bureau des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs, Mengstraße 4, entgegen genommen. (Bureauzeit: 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.)

Eile tut dringend not,

da in den nächsten Tagen bereits die Truppen eintreffen können.

5962

Empfangsausschuß.

Soldatenrat. Arbeiterrat. Rat der Verein. Betriebe.
Fr. Negermann. Joh. Stalling. Otto Ahlers.
Kleineldt. Chr. Thies. Jon. Lange.

Aufruf!

Soldaten! Eine große Gefahr ist im Anmarsch! Mögl. Ihr, daß Lübeck ohne Licht ist? Wohin soll es führen, wenn die Familien nicht mehr auf Gas kochen und kein Licht mehr brennen können? Wenn die Verwaltungsabteilungen wegen Beleuchtungsschwierigkeiten und die Straßenbahn- und elektr. Kraftstrombetriebe wegen Strommangel den Verkehr einzstellen müssen? Denkt an Eure Familien, an die Kranken, Säuglinge und Arbeitslosen!

Das Hochöfenwerk Lübeck braucht dringend sofort viele Arbeiter, um im Betrieb zu bleiben. Nur noch ein Hochofen wird bedient und wenn dieser abgeschlossen wird, tritt Not und Elend an Lübeck heran. Das Hochöfenwerk zahlt

für Pflegerarbeiter Mf. 9.—
für Handwerker Mf. 10—12 und
für Aufforderarbeiter einen Mindestlohn von Mf. 9.—
für den Tag.

In der Kantine kann gegessen werden. Für gutes und bewußtes Essen wird gesorgt werden. Es wird zu diesem Zweck vom Soldatenrat Fleisch bewilligt und alles getan werden um Euch nach Möglichkeit zu trüben zu stellen. Kreis Hins und Rücksicht wird außerdem gewährt. Wer dort schlafen will, dem stehen Wohnungen zur Verfügung, gegen Entgelt von 25 Pfg. pro Tag.

Seid einsichtig, Soldaten und meldet Euch sofort bei Euren Kompanien. Eile ist dringend geboten! Darum sofort auf an die Arbeit! Nur so können wir das angefangene große Freiheitswerk zum guten Ende führen.

Lübeck, den 22. November 1918.

Der Soldatenrat Lübeck.

J. A. Hans Reiß.

Bekanntmachung des Arbeiterrates.

Alle kritischen Fragen betr.

Einführung des 8-Stunden-Tages.

Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und betr. Entlassungsverbot von Arbeitern bis zum 20. Dezember ds. Jrs. werden von einem Unterschluß geprüft und geregelt, der sich zusammenfindet aus den Herren

Hermann Voth, Johannist. 48 II.

Karl Ros, Waisenstr. Sealerhaus Hanse.

Adolf Kleineldt, Bauarbeiter-Verband, Johannist. 48.

Heinrich Radde, Fabrikarbeiter-Verband, Johannist. 48.

Karl Möller, Waisenhoferstr. 18 I.

Eventuelle Befreiungen in solchen Analogieheiten oder ver

sönliche Unterredungen sind zu rüsten in den Vorläufen. Herrn

Karl Ros, Albrechtstr. Gürteltor-Allee. Tel. 710 u. 1603.

Heute wird hierdurch bekannt gemacht, daß Dienstboten oder

Vergessen grober Art selbstverständlich nicht unter das Entlassungs-

Verbot fallen. Wer derartige Vergessen begeht, hat auf keinen

Schlag durch den Arbeiterrat zu rechnen.

Lübeck, den 22. November 1918.

Der Arbeiterrat.

J. A. Ehlers, Ros. Bromme, Rocken, Mehrlein, Haut.

Warenausgabe

in der Woche vom 25. November bis 1. Dezember 1918.

1. Auf die Bereitkarten des Lebensmittelkartenhauses und die Lebensmittelkarte.

Butter: Abschnitt 53 20 Gramm Butter zum Preis von 28 Pfg.

Speisefett: 53 25 Gramm Margarine zum Preis von 16 Pfg.

Zucker: 74-78 A 1 je 125 Gramm Zucker (bis 21. 12. 19).

Aufzehrungsmittel: 53 125 Gramm Kunsthonig zum Preis von 8 Pfg. für 1/2 kg.

Auf die Bereitkarten des Lebensmittelkartenhauses sind diese Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Kaufrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften verabsolut und entnommen werden.

2. Auf die Bergungsanweise für Militärarbeiter in der Woche vom 25. November bis 1. Dezember 1918.

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.

Gelbe 15 Gramm Butter, 15 Gramm Margarine, 75 Gramm Zucker.

125 Gramm Kunsthonig.

Die Waren sind in den auf der Rückseite der Karte ver

zeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Bereitkarten für Schwerarbeiter. Abschnitt 79:

60 Gramm Margarine zum Preis von 27 Pfg.

4. Auf Unterbezugshefte: 18 ist der höchstzulässige Bezugsmaß

und zwar 6 Teile in Butter und 7 Teile in Margarine.

Lübeck, den 22. November 1918.

Das Polizeiamt.

Arbeiterrat Lübeck.

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr
im Dienstgebäude, Gürteltor-Allee.

Vollziehung des großen Rates.

Tagesordnung:

Die Einführung des 8-Stunden-Tages.

Die Delegierten haben Bericht über die Realisierung in den Betrieben zu erstatten, und Erstellung zu nehmen über die eventuelle Hinauschiebung der geplanten Feier.

Der Arbeiterrat.

5964

R. A.: W. Bromme.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Um Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt der Ausschuß für Kriegshilfe hierdurch:

1.

Vom 25. November bis 1. Dezember ds. Jrs. dürfen auf Abschnitt 11 der Kartoffelkarte sieben Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann auch bei den Kartoffelerzeugern und bei den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgetriebene Abgabe der Kartoffelkartenabschüttung getrieben.

2.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 23. November 1918.

5955

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kalzium-Karbid.

Von den eingetrogenen Kunden kann bei den bereitstellenden Händlern für Monat November 1918 weiter für jede Kanne

1 kg Kalzium-Karbid

zum Preis von 1.80 Mk. entnommen werden.

Die Abgabe von Kalzium-Karbid an Personen, welche außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes wohnen, ist verboten.

Lübeck, den 23. November 1918.

5967

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung zur Lebensmittelversorgung.

Um eine glatte Abwicklung bei der nächsten Lebensmittelkartenausgabe zu erreichen, ist es unbedingt erforderlich, daß alle Wohnung- und feste Versammlungen sofort den zuständigen Stellen anzugeben werden. Wer diese Anzeige unterlässt, hat es sich selbst zuwirken lassen, wenn er bei der Abholung der Lebensmittelkartenabschüttung Schmiedekeiten hat.

Im einzelnen sind folgende Bestimmungen zu beachten:

1. Anmeldungen in der Stadt Lübeck einschließlich Krempelsdorf, Vorwerk, Kraatzdorf und Gohlswand.

Alle Personen, die ihre Wohnung verändern, haben dies umgehend unter Vorlage ihrer Anmeldebecheinigung und beim Einwohner-Meldeamt anzuzeigen und sich hierauf sofort mit der berichtigten Anmeldebecheinigung und dem gelben Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln an der Zentrale für die Abgabe von Lebensmittelabschüttungen in der Börse zu melden. Hier wird die Bezirkbezeichnung auf dem Ausweis entsprechend geändert. Die Anmeldung hat aber auch zu geschehen, wenn der Umzug innerhalb desselben Bezirkes erfolgt.

2. Anmeldungen in eingemieteten Gebieten und in den Landgemeinden.

Jede Wohnungsveränderung ist unter Vorlage der Anmeldebecheinigung der zuständigen polizeilichen Meldestelle (Geschäftsstelle für Trautemünde, Gemeindesvorstand) anzugeben. Mit der berichtigten Anmeldebecheinigung ist sodann der gelbe Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln der zuständigen Gemeindesvorstand in Bezugnahme des Erforderlichen vorzulegen.

Ebenso wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln auch dann der zuständigen Ausgabestellen zurückzugeben oder zur Änderung vorzuzeigen ist, wenn sich durch Zu- oder Abzug, durch Geburten oder Sterbefälle, durch Aufnahme in Anstalten mit Selbstversiegeling oder durch sonstige Umstände die Besitzenszahl des Haushandes ändert.

Lübeck, den 23. November 1918.

5968

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die strenge Durchführung der Vorschriften

über die Abgabe von Lebensmitteln.

Der Staatssekretär des Kriegernährungsamtes will darauf hin, daß bei der Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande, vielleicht die Ansicht verbreitet sei, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien. Dies ist ein Irrtum. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß die gerechte Einhaltung der Vorschriften über die Abgabe von Lebensmitteln gezeigt werden. Über Veräußerungsverbote usw. mit verschärfter Genauigkeit durchzuführen ist, um die Bevölkerung der Gefahr zu entziehen, daß die Lebensmittelversorgung durch die Bevölkerung erheblich gestört wird.

Wenn die von den Einzelhändlern in die Börse gestellte Summe von Lebensmitteln zu trennen und zur Verteilung kommen kann und wieviel diese Mengen benötigt werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die strenge Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die Bedeutung der erlaubten Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungernot bewahren.

Lübeck, den 22. November 1918.

5911

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung für unsere Schuhfarbe

morgens von 9—12 und 3—6 Uhr werden wie-

der entgegengenommen.

Bekanntmachung für unsere Strumpfmätsfurze

von 3—9 wie den entgegengenommen.

Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge

Nummer 1. Fernsprecher 8744

Königstraße 19.

Bekanntmachung.

Von Montag, dem 25. November 1918 ab werden in der Nahrungsmittel-Verteilungsschule, Schlüsselbuden 18, II in der Zeit von 9—11 und 8—10 Uhr (Samstagabends nachmittags geschlossen) neue Vorratszettel der Fleischkarte für die Kinder im 1.—4. Lebensjahr Bezugsausweise für

1. P. Kartoffelstocken

2. " Weizenkraut

3. " Brotbackpulver

ausgegeben.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln sind vorzulegen.

Die Fleischkarte wird abgestempelt und ist sorgfältig aufzubewahren, da später voraußichtlich noch eine weitere Abteilung von Nahrungsmitteln gegen Abgabe der vollen Fleischkarte erfolgen wird.

Lübeck, den 21. November 1918.

5910

Nahrungsmittel-Verteilungsschule.

Bekanntmachung.

zu die Sanitätsförderung

im Kreise Herzog um Lauenburg!

Nachdem sich die Ereignisse zu klären beginnen, und Soldaten- und Arbeiterräte ihr möglichstes tun, die Ordnung aufrecht zu erhalten zum Wohle der Allgemeinheit, tritt nun an die Landesbehörde die Frage heran, (und drängt zur Entscheidung) was zu tun ist, um den Ernährungsschwierigkeiten zu begegnen.

Sollen alle noch vorhandenen Lebensmittel erfaßt werden, dann ist die feste Mithilfe der Landesbevölkerung unabdingbar notwendig. Es werden deshalb in nächster Zeit in diesen Kreisen Versammlungen stattfinden und bitten um zahlreichen Besuch derselben.

Mölln, den 22. November 1918.</p

Die langen Winterabende formen,

das Bedürfnis nach guter Lektüre. Wer für diese Zeit vorsorgen will, der bestelle zum 1. Oktober die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“.

Der Schneider von Ulm

von May E. h. Mit Bildern von Professor G. Damberger. — Es beginnt ein neuer Roman: ist die prächtige Geschichte des Ulmer Schneiders Verblinger, der eine Lösung des Flugproblems versuchte, ein Vorläufer der modernen Flugzeugenfänger. Packende Seelenmalerei, erquickender Humor zeichnen dies Werk aus. Charakteristische Frauengestalten beleben den Roman, der zu den schönsten Erzeugnissen der volksästhetischen Literatur gehört und besonders auch der reiferen Jugend empfohlen werden kann.

„In Freien Stunden“ erscheinen wöchentlich für 20 Pf. und bringen außer dem Hauptroman in jedem Heft eine zweite Erzählung, Skizze oder Humoreske, ferner interessante Aufsätze, Notizen und Bilder aus allen Wissensgebieten, Ratschläge für Haus und Küche, Rätsel, Scherz und Satire.

und stärker
als sonst
meldet sich

In Freien Stunden

Heft 1 und folgende
(in jeder Woche 1 Heft für 20 Pf.)

Name:

Ort:

Straße:

Der Bestellzettel ist an unsere Expedition einzusenden!

Weihnachts-Ausstellung in Spielwaren und Puppen

Anerkannt grösste Auswahl. — Besichtigen Sie bitte meine Ausstellung ohne jeden Kaufzwang.

C. Bliesath Ww., Inhaber: Carl Landwehr, Sandstraße Nr. 9.

Fernruf Nr. 2169
Sandstraße Nr. 9.

(5907)

BURNUS

wäscht Wäsche wunderbar.

(D.R.P.) Gen. K. A. 3663



BURNUS

Das ideale Einweichmittel.
Gut gewirkt ist fast gewaschen.

Erhältlich in allen einschlägigen, durch Plakate
soziale gemacht zu Geschäften.

Hersteller: Röhrl & sas. Chem. Fabrik, Darmstadt.

Vertretung: Heinz Hundt, Lübeck, Postfach.

Neu!

Neu!

Strümpfe

Füßlinge, Beinlängen.

Ohne Bezugsschein, Ohne Neuanschaffung,
für Damen, Herren und Kinder fertigt jede Dame sofort mühelos
gut passend an aus alten Beinlängen, Stoffresten, Zukot usw.
noch meinen gelegl. gew. Schnüren. Schnittmuster für alle
Größen zu Strümpfen und Hausschuhen bei Vereini. Mf. 1.25
Nachnahme Mf. 1.50 franco. Gültiger Weihnachtstafel für We-
berperfumer u. Gessellien.

E. Gernert, Hannover 29. Am Moore 25.

Votent-Mitratzen

ein gros und en detail
jedes Matratzen für seiter Zeit
liefern Gebrüder Hietti. (5922)
Angeb. Unterricht 111/12

Kaufe dauernd lebende
u. geschlachte (5925)

Quindinen

Gewicht von 4 Pfund qu.
H. Wede, Lübeck,
Schwartauer Allee 5.

Haltbare Hosenträger

weiche Kragen
zum Selbstwaschen

Krawatten

Papier-Wäsche

Auf. Janensch

5930 Sandstraße 6.

Σ Torf Σ

schwer, grobe Heifkraft
Sentner 6.— Mf.
waggonweise billiger.

Gef. Brennholz

Sentner 9.— Mf.

Blattfolien

C. Hinze Nekfl., Stockelsdorf

Telephone 1817. (5929)

Zeitschriften aller Art.

Buchhgl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46.



Eigene Puppen-Klinik!

Puppen - Reparaturen
bitte möglichst schon jetzt
5932 einzuleichen.

Ausführungen prompt

C. Bliesath Ww.,
Inh.: Carl Landwehr.

Nationalfeier.

Aus Anlass der Beendigung des Weltkrieges:

Grosse Bälle

in der Stadthalle. Beginn: Abends 5 Uhr.

Sonnabend, d. 23. November 1918 für Inf.-Regt. 182

Sonntag, den 1. Dezember 1918 " 84

" 2. " 1918 " Lest.-Btl. IX/33

" 15. " 1918 " Flieger-Abteilung

Blankensee.

Angehörige der betreffenden Formationen haben für den

jeweilig angegebenen Abend

freien Eintritt.

Für Militärpersone anderer Formationen Eintritt M. 0.50

" Zivilpersonen M. 1.00

Etwiger Ueberschuss wird für

die Weihnachtsfeier

verwendet.

Soldaten- und Arbeiterrat.

I. A.: Hans Zeitz.

Möbel

auf Teilzahlung.

Kesten,

Holstenstr. 17, I.

Theater für die Jugend.

Marmorsaal des Stadttheaters.

Sonntag 3 Uhr: (5951)

Frau Holle.

Märchen in 5 Bildern.
Am 8. Dez. kommt ins Puppentheater
der Weihnachtsmann u. verteilt an
jed. Kind ein Weihnachtsgeschenk.
Wunschkettels. v. heute ab mitzubr.

Hansa-Theater.

Sonntag abends 7 Uhr

Sah ein Knab' ein Röslein steh'n.

Singspiel aus Goethes Jugendzeit.

Musik (unter Benutzung von
Volksliedern) v. Spangenberg.

Nachmittags 3 Uhr:

Schneewittchen.

Kindermärchen von Görner.

Montag: Die tolle Komödie.

Dienstag: Sah' ein Knab'
ein Röslein stein.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

5917 Sonnabend, den 23. November

Rose von Stambul.

Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 24. November

Vormittags 11 Uhr

2. Vortrag von Kapellmeister

Mannstaedt unter Mitwirkung

einiger Mitglieder der Oper.

Nachmittags 3 Uhr.

Das Extempore.

2. Volksvorstellung.

Preise der Plätze 70 Pf.

Abends 7 Uhr

Fidelio.

Dienstag, den 26. November

Der Schöpfer.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

der Kohlenarbeiter, Kohlenplatzarbeiter u. Kohlenkutscher

am Montag, dem 25. November

abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission betr. Bunkertarif.

2. Einführung des achtstündigen Arbeitsstages in den Kohlenbetrieben.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
Neuaufnahmen werden in der Versammlung ausgestellt.

Das Erscheinen aller in den Kohlenbetrieben beschäftigten

Arbeiter ist dringend notwendig.

5944 Der Vorstand.

Achtung! Ohne Marken! Achtung!

Empfehl als Ersatz für fleschlose Tage u. Wochen

täglich frisch die beste reine, verätzliche untersuchte

ausgewählte Fleischwaren.

1. Mettwurst

2. Leberwurst

3. Wiener Würstchen

hergestellt von Rattenfleisch!

Ein Besuch überzeugt jeden von der Schmackhaftigkeit der Ware

Ernst Mitzlaff, Borsthofhandlung,

Königstr. 38, gegenüber dem Katharineum. Fernsprecher 2028.

Keiner bevorzugt

das gute Lübecker

Bürgerbräu

Aktienbrauerei Lübeck

Ents

MowsMühle, Mühlenfabrikate

Ratzeburg

Ratzeburger

Aktien-Brauerei

Brauerei zur Wahrheit

Hausa-Brauerei A.G.

Lübeck.

Trink

Lübecker

Vereins-

Bräu

Bevaria-Brauerei

Holsteinstr. 10a

Lebensmittel

Reinigungsmittel

Haushalt

Waren

Unterzeile 112

Praktischer Wegweiser

Leben leicht = Empfehlensw. Gesellschaft

Zur gefl. Beleuchtung empfohlen ::

Brauereien

Sie Store der